

Tobias Eberwein
Daniel Müller (Hrsg.)

Journalismus und Öffentlichkeit

Eine Profession und ihr
gesellschaftlicher Auftrag

ÖFFENTLICHE KOMMUNIKATION MEDIEN KOMMUNIKATORFORSCHUNG MEDIEN-
SYSTEM JOURNALISMUS WERBUNG MEDIENWIRTSCHAFT ONLINEKOMMUNIKATION
MEDIENRECHT PUBLIC RELATIONS MEDIENMANAGEMENT POLITISCHE
KOMMUNIKATION PRINTMEDIEN HÖRFUNK FERNSEHEN MEDIENWIRKUNG
MEDIENINHALTE LOKALE KOMMUNIKATION MEDIENÖKONOMIE ELEKTRONISCHE
MEDIEN MEDIENPÄDAGOGIK NUTZUNGSFORSCHUNG MEDIENGESCHICHTE
MEDIENPSYCHOLOGIE KOMMUNIKATIONSTHEORIEN MEDIENPOLITIK MEDIEN-
ORGANISATIONEN INTERNATIONALE KOMMUNIKATION MEDIEN UND MARKT-
FORSCHUNG MEDIENKONZENTRATION ORGANISATIONSKOMMUNIKATION
ÖFFENTLICHE KOMMUNIKATION MEDIEN KOMMUNIKATORFORSCHUNG MEDIEN-
SYSTEM JOURNALISMUS WERBUNG MEDIENWIRTSCHAFT ONLINEKOMMUNIKATION
MEDIENRECHT PUBLIC RELATIONS MEDIENMANAGEMENT POLITISCHE KOMMUNIKA-
TION PRINTMEDIEN HÖRFUNK FERNSEHEN MEDIENWIRKUNG MEDIENINHALTE
LOKALE KOMMUNIKATION MEDIENÖKONOMIE ELEKTRONISCHE MEDIEN MEDIEN-
PÄDAGOGIK NUTZUNGSFORSCHUNG MEDIENGESCHICHTE MEDIENPSYCHOLOGIE



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Tobias Eberwein · Daniel Müller (Hrsg.)

Journalismus und Öffentlichkeit

Tobias Eberwein
Daniel Müller (Hrsg.)

Journalismus und Öffentlichkeit

Eine Profession und ihr
gesellschaftlicher Auftrag

Festschrift für Horst Pöttker



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieser Band erscheint mit freundlicher Unterstützung der Stiftung Presse-Haus NRZ (Essen).

Stiftung Presse-Haus 

1. Auflage 2010

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010

Lektorat: Katrin Emmerich / Sabine Schöller

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-531-15759-7

Inhalt

Daniel Müller & Tobias Eberwein
Zur Einführung: professioneller Journalismus und die Aufgabe Öffentlichkeit 9

I. Gesellschaft und Öffentlichkeit

Christian Schicha
Öffentlichkeit und Journalismus in der Mediendemokratie 23

Hans Poerschke
Öffentlichkeit als Gegenstand gesellschaftswissenschaftlicher Diskussion
in der DDR 43

Slavko Splichal
From Bryce's 'Government by Public Opinion' to Global Governance –
Without Public Opinion 57

Jürgen Heinrich
Öffentlichkeit: Was sagt die Ökonomie dazu? 73

Claus Eurich
Mythos und Öffentlichkeit 87

Christoph Neuberger
Illusionäre Interaktion. Horst Pöttkers Analyse der Entfremdung und der
Kompensation durch Massenmedien 97

II. Medienethik und publizistische Selbstkontrolle

Kenneth Starck
The News Ombudsman: Viable or Vanishing? 109

Peter Ludes
Geld/Schein/Öffentlichkeiten 119

Hans Hafenbrack
Protestantischer Journalismus und kirchliche Öffentlichkeitsarbeit 129

Tobias Eberwein

Von „Holzhausen“ nach „Blogville“ – und zurück. Medienbeobachtung in Tagespresse und Weblogs 143

III. Journalismus und Migration

Petra Herczeg

Integration durch Kommunikation. Fünf Thesen über einen notwendigen kommunikationswissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs 169

Heinz Bonfadelli

Rundfunk, Migration und Integration 181

Leen d'Haenens & Hatim El Sghiar

Ethnic Minorities and the Media. Trends in Research in the Low Countries With a Focus on Mechanisms of Identification With Media Contents and Functions Among Flemish Families of Moroccan Descent 193

Daniel Müller

Zwischen Fremdbestimmung und Versagen am Markt. Beiträge zu einer politischen Geschichte der Medien ethnischer Minderheiten in Deutschland 211

Harald Bader & Anne Weibert

Flucht vor König und Castro. Presse und Integration politischer Emigranten in den USA 231

Johannes Hoffmann

Der Bergarbeiterstreik 1869/70 in Waldenburg (Schlesien) im Spiegel der Dortmunder Presse 247

Bärbel Röben

Migrantinnen im deutschen Journalismus – ein weißer Fleck. Forschungsüberblick und Perspektiven 263

IV. Journalistik und Journalismusforschung

Walter Hömberg

Journalistenausbildung an Hochschulen – eine Erfolgsgeschichte? Eine Textcollage aus vier Jahrzehnten und ein Resümee 283

Ulrich Pätzold

Die Anfänge in Dortmund – eine Erfolgsgeschichte mit viel Glück 313

Gerd G. Kopper
Strukturkrisen der Öffentlichkeit und das Fach Journalistik in Deutschland
und Europa 327

Andrea Czepek
Voraussetzungen für unabhängigen Journalismus im internationalen Vergleich ... 353

Bernd Klammer
Empirische Sozialforschung im Journalismus 361

Udo Branahl
Recherchefreiheit und Grundgesetz. Die Rechtfertigung von
Recherchebehandlungen durch das öffentliche Informationsinteresse 369

V. Journalismus und Geschichte

Wolfgang R. Langenbucher & Irmgard Wetzstein
Der real existierende Hochkulturjournalismus. Über Personen, Werke und
einen Kanon 387

Joachim Pötschke
Die Geburt der Glosse aus dem Zeitungszitat. Der Wiener Publizist Karl Kraus
und seine Zeitschrift „Die Fackel“ 411

Arnulf Kutsch
Professionalisierung durch akademische Ausbildung. Zu Karl Büchers
Konzeption für eine universitäre Journalistenausbildung 427

Kurt Koszyk
Journalismus und „Volksstimmung“ im Ersten Weltkrieg 455

Rolf Seubert
„Friedrich Schiller – Der Triumph eines Genies“ oder: die Umdeutung eines
Dichters der universalen Freiheit zum Propheten der nationalsozialistischen
Revolution 467

Hans Bohrmann
Das Jahr 1945 als personeller und institutioneller Wendepunkt von der
Zeitungs- zur Publizistikwissenschaft 483

Rainer Geißler
Wanderungen zwischen Theorie und Praxis. Notizen zum kurvigen Weg von
Horst Pöttker 507

Daniel Müller

Schriftenverzeichnis (Personalbibliographie) Horst Pöttker	517
Autorinnen und Autoren	533
Personenregister	543
Sachregister	551

Zur Einführung: professioneller Journalismus und die Aufgabe Öffentlichkeit

Daniel Müller & Tobias Eberwein

Im Genre der Festschrift ist es weithin üblich, durch viel- und damit zugleich oft nichtssagende Nomina im Titel ein Dach aufzuspannen, unter dem so ziemlich alles Aufnahme finden kann. Im vorliegenden Fall müsste ein solcher Verdacht – eines Mangels an spezifischem Gehalt – besonders stark dem Begriff „Öffentlichkeit“ gelten, nachdem sich beispielsweise Joachim Westerbarkey schon 1994 zu einem Versuch veranlasst sah, Öffentlichkeit als „eine Alltagskategorie kommunikationstheoretisch zu rehabilitieren“ (Westerbarkey 1994).

Tatsächlich ist es jedoch so, dass im wissenschaftlichen Denken Horst Pöttkers *Öffentlichkeit* und *Journalismus* erstens absolut zentral und zweitens in ausgesprochen spezifischer Weise gedeutet und miteinander verknüpft sind.

Der deutsche Begriff Öffentlichkeit ist durchaus ambivalent, was seinen diffusen Gebrauch als „Alltagskategorie“ zweifellos begünstigt hat. Diese Mehrdeutigkeit zeigt sich in der Vielzahl der Übersetzungsmöglichkeiten, z. B. im Englischen. Gängige Möglichkeiten sind etwa „public“, „publicity“, „publicness“, „public discourse“, „public opinion“ und „public sphere“, was z. T. natürlich nicht wieder mit „Öffentlichkeit“ (rück)übersetzt werden muss. Alternativen sind oft durch das Adjektiv „öffentlich“ konstruiert.

Die dominante Vorstellung ist seit geraumer Zeit – sei es in Anschluss an oder in Absetzung von Habermas' Marburger Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas 1962) – vielfach die, wonach Öffentlichkeit (dann mit „public sphere“ zu übersetzen) einen bestimmten sozialen Raum – meist einen bestimmten Personenkreis – umfasst, im Idealfall die ganze Gesellschaft. In diesem Sinne trägt Öffentlichkeit dann als *die* Öffentlichkeit auch regelmäßig den Artikel und kann als „vierte Gewalt“ (fourth estate) neben Legislative, Exekutive und Judikative gedacht werden, aber auch als „bürgerliche“, „plebejische“, „proletarische“ (Negt/Kluge 1972) oder „Gegen-Öffentlichkeit“ apostrophiert bzw. parzelliert werden, ja überhaupt in *Teilöffentlichkeiten* zerfallen oder aber ebenso plausibel in Ebenen geschichtet werden: von der Encounter-Ebene der „Face-to-face“-Kommunikation über die Versammlungs- und Themenöffentlichkeit bis hin zur Medienöffentlichkeit (vgl. Neidhardt 1994).

Pöttker lehnt diese heute dominanten Sichtweisen auf Öffentlichkeit – denen bei allen Unterschieden gemeinsam ist, dass sie Öffentlichkeit als ein *Gebilde* betrachten – nicht ab, setzt aber den Akzent auf eine andere Lesart von Öffentlichkeit, ohne Artikel oder einschränkende Zusätze, ohne Möglichkeit der Pluralisierung: auf Öffentlichkeit als ein *Prinzip*, mit dem älteren Synonym *Publizität*. Die passende Übersetzung hierfür ist nicht „public sphere“, sondern „publicness“ (vgl. auch Splichal 2006). Diese „publicness“-Öffentlichkeit verfolgt Pöttker in die Aufklärung zurück, etwa hin zu den Schriften des „Robinson“-Autors Daniel Defoe. Öffentlich sein meint danach zunächst in negativer Definition die Abwesenheit von Kommunikationshemmnissen (vgl. Pöttker 1998).

Ein uns sehr treffend scheinender Vergleich, den Pöttker gern zur Verdeutlichung anführt, ist der vom Markt. Der Markt(platz) kann durchaus als Gebilde, als sozialer Raum, als Institution gedacht werden; zugleich aber eben auch als ein Strukturprinzip des wirtschaftlichen Handelns. Analog ist Öffentlichkeit ein Strukturprinzip der gesellschaftlichen Kommunikation, das der Unbeschränktheit, der Barrierefreiheit.

So wie das Marktprinzip sich nie in völliger (im Weber'schen Sinne idealtypischer) Reinheit verwirklichen lässt, weil andere, schutzwürdige Interessen dem entgegenstehen, so gilt dies auch für das Prinzip Öffentlichkeit. Die Grenzen müssen dabei stets neu verhandelt werden, sind aber im Zuge von Modernisierung von Gesellschaft allgemein wohl in Ausweitung begriffen.

In komplexen Gesellschaften ist nun Barrierefreiheit nicht *gegeben*, sondern muss durch Medien und damit die in den Medien ausgeübten Kommunikationsberufe, speziell den Journalismus, jeweils *hergestellt* werden. Dies erklärt, warum Horst Pöttkers Verständnis von Öffentlichkeit kaum ohne einen zweiten zentralen Begriff nachzuvollziehen ist, der dem ersten stets auf dem Fuße folgt: eben den des „Journalismus“.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Journalismus hat im deutschen Sprachraum – auch wenn die vergleichsweise kurze Geschichte der akademischen Disziplin Journalistik das Gegenteil vermuten lässt – eine durchaus lange Tradition (vgl. z. B. Löffelholz 2004). Dementsprechend vielfältig sind die theoretischen Herangehensweisen an das zu beobachtende Phänomen, die oft unterschiedliche fachliche Hintergründe haben und über ein jeweils spezifisches Problemlösungspotenzial verfügen. Eine umfassende „Supertheorie“ des Journalismus hat sich bislang nicht herausbilden können.

Als prägendes Paradigma dominierte zuletzt die systemtheoretische Sichtweise, welche – in Fortzeichnung des „Grundrisses“ von Niklas Luhmann (1984) – Journalismus als gesellschaftliches Teilsystem modelliert, dessen zentrale Funktion die Thematisierung gesellschaftlicher Kommunikation sei, wodurch es die Synchronisation und Selbstbeobachtung der (Welt-)Gesellschaft ermögliche (vgl. u. a. Blöbaum 1994; Scholl/Weischenberg 1998). Diese Perspektive ist jedoch nicht unumstritten und wird aus verschiedenen Richtungen unter Beschuss genommen: So lässt sich beispielsweise aus dem Blickwinkel der (Kritischen) Handlungstheorien monieren, dass der systemtheoretische Ansatz die Bedeutung individueller Akteure¹ für das journalistische Handeln weitgehend ausblendet (vgl. etwa Baum 1994). Ebenso lässt sich im Sinne der Cultural Studies kritisieren, dass sich – systemtheoretisch untermauerte – Distinktionen wie Faktizität vs. Fiktionalität oder Information vs. Unterhaltung angesichts gegenwärtiger Entgrenzungsprozesse nicht länger aufrechterhalten lassen (vgl. etwa Renger 2000; Lünenborg 2005).

In Pöttkers Herangehensweise finden Frontstellungen wie die zwischen System- und Kulturparadigma oder zwischen mikro- und makrotheoretischen Zugängen jedoch keinen Raum. Er vertritt stattdessen eine explizit *berufsorientierte Journalistik* (vgl. Meier 2007: 25ff.), in der Probleme der journalistischen Praxis, der Qualität und der Ethik des Journalismus in den Fokus rücken.

1 Im vorliegenden wie auch allen anderen Beiträgen dieses Bandes wird aus Gründen der Lesbarkeit in der Regel nur die männliche Form verwendet. Alle Aussagen über Journalisten, Medienvertreter und sonstige individuelle Akteure gelten auch für Journalistinnen, Medienvertreterinnen usw., wenn nicht ausdrücklich eine Einschränkung erfolgt.

Was macht für Pöttker den Beruf Journalismus aus? Konstitutiv ist zunächst einmal, im Sinne der Berufsdefinition Max Webers, eine typische „Spezifizierung, Spezialisierung und Kombination von Leistungen einer Person [...], welche für sie die Grundlage einer kontinuierlichen Versorgungs- und Erwerbschance ist“ (Weber 1972: 80). Mit anderen Worten: Journalisten sollen für ihre spezielle Tätigkeit und die dafür erworbenen Kompetenzen ein regelmäßiges und zum Leben ausreichendes Einkommen erwarten (können). Darüber hinaus ist der Journalistenberuf mit einer ihm eigenen *Aufgabe* – bewusst vermeidet Pöttker den systemtheoretisch konnotierten Funktionsbegriff – verbunden: dem Herstellen von Öffentlichkeit (vgl. u. a. Pöttker 1999). Als Kernelement des journalistischen Berufsethos lässt sich damit ein Drang zum „An-den-Tag-bringen“ beschreiben, der bereits in der Berufsbezeichnung „Journalist“ erkennbar wird, in der das französische Nomen „le jour“ (der Tag) enthalten ist: Journalisten bringen an den Tag, was nicht verschwiegen werden darf, damit ihre Rezipienten sich in der Gesellschaft, in der sie leben, zurechtfinden können.

Aus der Öffentlichkeitsaufgabe ergibt sich eine journalistische „*Grundpflicht zum Publizieren*, von der im Prinzip kein Gegenstand und kein Thema ausgenommen ist“ (ebd.: 221). Pöttker vergleicht diese Grundnorm oft anschaulich mit ähnlichen bei Ärzten, die menschliches Leben erhalten, oder Rechtsanwälten, die für ihre Mandanten das rechtlich Mögliche herausholen sollen. Sollte es Gründe geben, die gegen eine Befolgung dieser Gebote sprechen, so müssen diese besonders stark ausgeprägt sein. Nach dieser Argumentation ist das Nicht-Veröffentlichen von bestimmten Themen ein schwerer wiegender Verstoß gegen die journalistische Professionalität als eine Verfälschung publizierter Informationen.

Allerdings lässt sich die Aufgabe Öffentlichkeit langfristig nur dann umsetzen, wenn Journalisten sich an spezifische Regeln und Verhaltensstandards halten, die für ihren Beruf charakteristisch sind. Dazu gehört die Pflege einer ganzen Reihe von Qualitätsmerkmalen, die dabei helfen können, Rezipienten auch solche Informationen zu vermitteln, die ihnen unbekannt und deshalb befremdlich sind. Mehr auf die Gegenstände gerichtete Qualitätsmerkmale sind etwa Richtigkeit, Vollständigkeit, Wahrhaftigkeit und Universalität; mehr auf das Publikum zielen Unabhängigkeit, Aktualität, Verständlichkeit und Unterhaltsamkeit (vgl. Pöttker 2000).

Horst Pöttkers Arbeiten zu Journalismus und Öffentlichkeit stehen in vielerlei Hinsicht quer zum Mainstream der akademischen Auseinandersetzung mit diesen Themen. Ein durchgängiges Merkmal ist die Verschränkung unterschiedlicher Forschungstraditionen und Fachdisziplinen, die eine Zuordnung zu vorgefertigten Theorieschubladen schwierig, wenn nicht gar unmöglich macht. Dieser integrative Charakter seiner Studien, die sowohl individuelle journalistische Akteure als auch die Gesellschaft als Ganzes in den Blick nehmen, die sowohl system- als auch kulturorientiertes Denken zulassen, diente auch als Leitmotiv bei der Konzeption der vorliegenden, Horst Pöttker anlässlich seines 65. Geburtstages zugedachten Festschrift.

Der Band vereint 29 Fachaufsätze von ehemaligen und gegenwärtigen Weggefährten, von Schülern und Kollegen, von Freunden und Förderern, mit denen Horst Pöttker in seiner Laufbahn als Wissenschaftler mal mehr, mal weniger intensiv in Berührung geraten ist. Gemeinsam ist den Texten der kontinuierliche Rückbezug auf die Oberthemen Journalismus und Öffentlichkeit. Unterscheiden lassen sie sich vor allem aufgrund ihrer vielfältigen fachlichen Hintergründe, die so verschiedenartige Disziplinen wie Soziologie, Politologie, Ökonomie, Jura, Geschichts-, Literatur- und Filmwissenschaft und natürlich immer wieder

Journalistik und Kommunikationswissenschaft umfassen. Diese Pluralität der Herangehensweisen macht deutlich, dass es nicht das Anliegen der Textsammlung sein kann, ein möglichst distinktes und scharf konturiertes Verständnis von Journalismus und Öffentlichkeit zu generieren. Erst recht nicht sollen die Beiträge, obwohl sie in der Mehrzahl Bezug auf ihn nehmen, in Kongruenz mit den spezifischen Sichtweisen Horst Pöttkers gebracht werden. Vielmehr geht es darum, durch das Nebeneinander andersartiger und sich z. T. auch widersprechender Ansätze für Spannungen zu sorgen und Irritationen zu erzeugen. Diese ermöglichen, wenn sie konstruktiv gespiegelt werden, einen besonders aufschlussreichen und hoffentlich anregenden Blick auf das wissenschaftliche Werk des Jubilars. Insofern lässt sich der Band auch als *kritische* Bilanz seines bisherigen Schaffens lesen – und eine solche wird dem Querdenker und Nonkonformisten Horst Pöttker sicherlich besser gerecht als deskriptives Protokollieren oder devote Lobhudelei.

Die einzelnen Beiträge sind in fünf – zwangsläufig nicht trennscharfe – thematische Panels gegliedert, die verschiedene Schwerpunkte der wissenschaftlichen Tätigkeit Horst Pöttkers reflektieren (vgl. dazu auch den Beitrag von Rainer Geißler in diesem Band): Das Oberkapitel zu „Gesellschaft und Öffentlichkeit“ spiegelt sein Interesse für die soziologischen Klassiker und ihre Arbeiten zur Öffentlichkeits- und Gesellschaftstheorie, aber auch seinen sozialwissenschaftlich geleiteten Blick auf die gesellschaftliche Bedeutung eines funktionierenden Journalismus wider. Der Abschnitt über „Medienethik und publizistische Selbstkontrolle“ verweist auf seine intensive Auseinandersetzung mit journalistischen Qualitätskriterien und den Instanzen ihrer Sicherung. Der Block über „Journalismus und Migration“ verdeutlicht sein Engagement im Kontext des DFG-Projektes „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“, das er gemeinsam mit Rainer Geißler im Sonderforschungsbereich „Medienumbrüche“ an der Universität Siegen geleitet hat. Ein weiterer Abschnitt nimmt die Entwicklung von „Journalistik und Journalismusforschung“ in Deutschland in den Fokus – und damit auch die jüngere Geschichte und Gegenwart der akademischen Journalistenausbildung, die Horst Pöttker vor allem als Hochschullehrer am Dortmunder Institut für Journalistik wesentlich mitgeprägt hat. Das Schlusspanel zu „Journalismus und Geschichte“ repräsentiert sein Faible für die Erforschung der historischen Entwicklungsstufen des Journalistenberufs, aber auch für die Geschichte der wissenschaftlichen Disziplinen zur Erforschung desselben, durch das er sich – obgleich kein studierter Historiker – in der Scientific Community einen besonderen Namen gemacht hat.

1. Gesellschaft und Öffentlichkeit

Aus sehr verschiedenen Perspektiven, z. T. auch von ausgeprägten Positionen aus, nähern sich im ersten Abschnitt des Buches sechs Autoren dem Begriff der Öffentlichkeit, wobei mehrere ausgiebig Horst Pöttkers eigenen Beitrag zur Theorie der Öffentlichkeit diskutieren.

Christian Schicha (Düsseldorf) geht in seinem Text aus politikwissenschaftlicher Sicht auf die Rolle von Journalismus und Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ ein; er erörtert dabei Öffentlichkeit „nicht nur als ein beschreibbares empirisches Phänomen [...], sondern [...] auch als Postulat, einen anzustrebenden Zustand mit Hilfe der öffentlichen Willens- und Meinungsbildung“, die allerdings nur medialisiert erfolgen könne. Den normativen Gehalt des Öffentlichkeitsbegriffs insbesondere in Bezug auf die Diskursrationali-

tät sieht der Autor dabei kritisch, warnt aber zugleich vor pauschalem Kulturpessimismus. Dem Journalismus bleibt demnach weiter eine zentrale Rolle.

Mit einem zu Unrecht weitgehend unbekannt gebliebenen oder schnell vergessenen Korpus von öffentlichkeitstheoretischen Arbeiten befasst sich *Hans Poerschke* (Holzweißig/Leipzig). War die Öffentlichkeitstheorie in der DDR zuerst kein Thema, kam es nach zaghaften Ansätzen in den frühen 1980er Jahren ab 1987/88 zu einer intensiven Beschäftigung mit dem Begriff, der seinen Reiz heute daher gewinnt, dass die Autoren versuchten, sich von den Vorgaben der Doktrin – die von Öffentlichkeit etwa im Sinne von Kritik- und Kontrollfunktion nichts wissen wollte, sondern nur ein einseitiges „Hineintragen“ der Vorgaben der Partei in die Bevölkerung erwartete – zu lösen, zugleich aber am Sozialismus festzuhalten.

Slavko Splivalj (Ljubljana) geht auf die Bedeutung der öffentlichen Meinung für die demokratische Regierung insbesondere im Zeitalter der zunehmenden Erosion von nationalstaatlichen Machtbefugnissen ein. Er beginnt mit Visionen, die von der Möglichkeit der Meinungsumfrage eine massive Stärkung und Vitalisierung der Demokratie erhofften, da die Regierenden ja nun jederzeit die „Stimme des Volkes“ berücksichtigen könnten, und endet – durchaus pessimistisch gestimmt – mit der Feststellung, dass die deliberative Öffentlichkeit allgemein durch das Zurücktreten des Nationalstaats an Bedeutung verloren hat, woran Meinungsumfragen wenig ändern, zumal deren Agenda nicht von den Bürgern vorgegeben wird, sondern von mächtigen Akteuren (im Falle des bekannten „Eurobarometers“ etwa von der Europäischen Kommission).

Jürgen Heinrich (Felde/Dortmund) nähert sich dem Begriff der Öffentlichkeit ausdrücklich aus der Perspektive der Ökonomie, wobei er sich intensiv mit der von Horst Pöttker aufgestellten Forderung nach Folgentransparenz auseinandersetzt. Heinrich kommt zu dem Schluss, dass das reine Angebot solcher Transparenz nicht ausreicht; es müssten auch entsprechende Anreize gesetzt werden. So sei es nicht sicher, ob die Öffentlichkeit als reale Institution im ökonomischen Sinne positive Wirkungen entfalte, zumal zahlreiche normative Ansprüche an Öffentlichkeit stark von Wunschdenken gekennzeichnet seien.

Claus Eurich (Dortmund) befasst sich zunächst mit dem Wesen des Mythos, wobei er von authentischen Mythen die sekundären und vor allem die Scheinmythen unterscheidet. Die Medien – und hier vor allem das Fernsehen, namentlich fiktionale Formate und die Werbung – bedienen sich der Mythenmotive, um die Zuschauer mit Scheinmythen zu überfluten. Eurich spricht sich gegen eine „Dämonisierung“, aber auch gegen das Hinnehmen dieses Prozesses aus.

Christoph Neuberger (Münster) referiert zunächst prägnant die Kernthesen aus Horst Pöttkers Habilitationsschrift, die sich – vor dem Beginn des eigentlichen Internet-Zeitalters, wenn auch nicht des Internets – mit Formen der (Nicht-)Interaktion im Sinne der Dichotomie folgenreflexiv/rezeptiv auseinandersetzt. Denn das Internet (und zumal die als Web 2.0 bekannten Formate) habe gerade in Bezug auf die von Pöttker angesprochenen Interaktions- und Partizipationsdefizite erhebliche Erwartungen geweckt. Neuberger fragt dabei, ohne letztlich eine endgültige Antwort liefern zu können, nach dem illusionären Charakter dieser Interaktion, u. a. nach der Bereitschaft der Institutionen, sich der Interaktion auch zu öffnen und sie nicht entweder zu verweigern oder zu manipulieren. Für technikdeterministischen Optimismus sieht er keinen Anlass, zugleich weiter eine wichtige Rolle für den Journalismus.

2. Medienethik und publizistische Selbstkontrolle

Der zweite Abschnitt des Bandes führt vier Beiträge aus dem Themenfeld „Medienethik und publizistische Selbstkontrolle“ zusammen.

Kenneth Starck (Iowa City) diskutiert das Konzept des Ombudsmannes, welches als Element der journalistischen Qualitätssicherung in Ländern wie Japan oder den USA eine lange Tradition hat, sich im deutschen Sprachraum jedoch nie durchsetzen konnte. Seine Zusammenschau der bisherigen Forschung zum Thema wird angereichert durch persönliche Erfahrungen: Starck war – neben seiner Tätigkeit in der akademischen Journalistenausbildung – sechs Jahre lang selbst als Ombudsmann für die Cedar Rapids Gazette Company aktiv. Umso mehr bedauert er, dass die Zahl der Ombudsleute inzwischen auch in den USA rückläufig ist: Eine derartige Instanz der journalistischen Selbstkontrolle sei ideal, um den redaktionellen Alltag transparent zu machen und damit bei den Rezipienten Vertrauen zu schaffen – und dies hätten viele Medien gerade in Zeiten des digitalen Umbruchs bitter nötig.

Auch *Peter Ludes* (Bremen) interessiert sich für gegenwärtige „Umbrüche der Medieninformation“ und deren Auswirkungen auf die journalistische Qualität, speziell die Mechanismen der Themenselektion im Journalismus. Seine Analyse verweist – gestützt auf Manuel Castells' Theorie der Netzwerkgesellschaft – auf verschiedene Probleme, die die Verbreitung neuerer Informations- und Kommunikationstechnologien mit sich bringt: etwa eine zunehmende Unterhaltungsorientierung und Kommerzialisierung, aber auch eine fortschreitende Deprofessionalisierung öffentlicher Kommunikation. Angesichts dieser Entwicklungen sieht Ludes neue Aufgaben für einen „aufklärerischen Journalismus“, der „Vernachlässigungen von Vergangenheit und Zukunft im tagesaktuellen Nachrichtengeschäft“ überwinden müsse.

Dass vor allem Fragen des Glaubens und Themen der Kirche im öffentlichen Diskurs nicht vernachlässigt werden – dafür setzen sich unter anderem die publizistischen Organe der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ein. *Hans Hafenbrack* (Wehrheim), fast zwei Jahrzehnte lang Chefredakteur des Evangelischen Pressedienstes (epd), nimmt diese Organe kritisch in den Blick. Nach einem fundierten historischen Überblick stellt er fest, dass „[d]er unabhängige Journalismus, einst Markenzeichen der evangelischen Publizistik, [...] auf dem Rückzug [ist]. Die Leitungsgremien der Kirche entscheiden sich jedenfalls bei den Printmedien mehr und mehr für Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit“. Als noch bedenklicher empfindet er jedoch den zunehmenden „Druck des Internets, der die gesamte mediale Landschaft umzustürzen droht“. Dessen künftige Auswirkungen auf die evangelische Publizistik seien gegenwärtig aber noch nicht einzuschätzen.

Die besondere Rolle des Internets als Instrument der öffentlichen Medienbeobachtung untersucht *Tobias Eberwein* (Dortmund). Da dem Medienjournalismus als Reflexionseinrichtung des journalistischen Systems in der Vergangenheit immer wieder eklatante Mängel zugeschrieben wurden, formuliert er die Hoffnung, medienspezifische Weblogs könnten die Funktionen und Leistungen massenmedialer Selbstberichterstattung wenigstens teilweise übernehmen. Eine vergleichende Inhaltsanalyse von Medienblogs und ausgewählten Medienseiten in der Tagespresse lässt diese Hoffnung jedoch schwinden. Zwar treten Blogger vor allem bei Internetthemen als kritische und ernst zu nehmende Beobachter auf. Insgesamt lässt ihre Berichterstattung jedoch viele thematische Lücken; zudem fehlt es ihnen an

eigenständiger Recherche und Kontinuität. Ein modernes Wundermittel der Medien-(selbst)kontrolle sind Blogs demnach nicht.

3. Journalismus und Migration

Der Abschnitt „Journalismus und Migration“ bietet einen Überblick über neuere Forschungen zur Rolle der Massenmedien und speziell des Journalismus bei der Integration von Migranten. Ganz im Sinne von Horst Pöttker (vgl. die Arbeiten, die im DFG-Projekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“ 2002-2009 entstanden sind) versammelt das Panel dabei nicht nur Beiträge, die sich mit dem Hier und Jetzt befassen, sondern enthält auch historische Rückblicke sowie den internationalen Vergleich sowohl mit den klassischen Einwanderungsländern Nordamerikas – hier den USA – als auch mit europäischen Nachbarstaaten.

Ebenfalls ganz im Sinne des Jubilars stehen dabei prinzipielle theoretische Überlegungen am Anfang: *Petra Herczeg* (Wien) befasst sich grundsätzlich mit der Rolle von Kommunikation, namentlich medialer und durch Journalisten vermittelter, für den Prozess der Integration von Migranten, wobei sie fünf Thesen aufstellt; insbesondere bemängelt die Autorin, dass der öffentlich geführte Diskurs Integration eben nicht als gesellschaftlichen Prozess darstellt, sondern einseitig auf bestimmte Strukturmerkmale verkürzt. Dargestellt wird dies auch an einem Fallbeispiel, für das 1.900 Beiträge österreichischer Medien einer quantitativen Inhaltsanalyse unterzogen wurden.

Im Beitrag von *Heinz Bonfadelli* (Zürich) steht nach Synopse der theoretischen Grundlagen für die Integrationsfunktion der Medien die Empirie im Mittelpunkt. Forschungsleitend war dabei die Frage, welchen Beitrag der Hörfunk zur Integration sprachkultureller Minderheiten in der Schweiz leistet. Dabei wurden drei Erhebungen parallelisiert: eine Inhaltsanalyse, wobei 468 migrationsbezogene Beiträge ermittelt und näher ausgewertet wurden; eine Befragung von zwölf Medienschaffenden in Bezug auf ihre Sicht auf die eigene Rolle bei der Integration von Migranten; und eine Online-Befragung von 361 Migranten (ergänzt durch elf Gruppengespräche) zur Nutzung und Bewertung des Hörfunks. Die Ergebnisse veranlassen den Autor zur Forderung nach stärkerer Verankerung interkultureller Verständigungsangebote im Programm, aber auch nach verstärkter „diversity“: mehr Repräsentation der Minderheiten in den Redaktionen.

Leen d'Haenens (Leuven/Nijmegen) und *Hatim El Sghiar* (Leuven) geben in ihrem Beitrag eine gedrängte Synopse der Forschung in Bezug auf Medien und Migration in den Niederlanden und in Flandern und gehen dann ebenfalls zur Vorstellung eines empirischen Projekts über: In qualitativen Familieninterviews (mit marokkanischstämmigen Familien in Flandern) wurden die Nutzung des Fernsehens – auch z. B. der internationalen arabischen Sender wie Al Jazeera – und dessen Rolle bei der Identitätskonstruktion untersucht, wobei die verschiedenen Muster innerhalb der marokkanischen Community (und nicht der Vergleich mit der flämischen Mehrheitsgesellschaft) im Mittelpunkt stehen.

Daniel Müller (Dortmund) befasst sich mit den heute vielfach als ‚Ethnomedien‘ bezeichneten Medien ethnischer Minderheiten in Deutschland. In zwei Überblickskapiteln über Entwicklungen bis und seit 1945 werden exemplarisch Aspekte der politischen Geschichte von Minderheitenmedien – in Abgrenzung von Auslandsmedien – zusammengefasst. Diese Beispiele werden dann bewertet, mit dem Ergebnis, dass die Medien ethnischer

Minderheiten in Deutschland – mit Ausnahmen, etwa der russischsprachigen Presse – entweder von amtlichen Stellen des In- und Auslandes finanziell getragen und folglich politisch fremdbestimmt werden oder aufgrund der fehlenden Nachfrage am Markt scheitern.

Harald Bader (Dortmund) und *Anne Weibert* (Dortmund/Siegen) untersuchen in ihrem Beitrag zwei historische Phänomene von Migration in die USA. Die Flucht der deutschen „Forty-Eighters“, der Anhänger der gescheiterten Revolution von 1848, wird mit der Einwanderung von Kubanern in die USA nach der erfolgreichen Revolution von Fidel Castro 1959 verglichen. Beide Wanderungsbewegungen unterscheiden sich von anderen vor allem durch ihre explizit politische Motivation. Im Mittelpunkt der Darstellung steht die Rolle der Minderheitenpresse, also der deutschsprachigen („New-Yorker Staats-Zeitung“) bzw. der spanischsprachigen; aber auch die Reaktion der Mehrheitsmedien wird thematisiert.

Horst Pöttker hat sich in der Vergangenheit – u. a. auch mit Harald Bader – mehrfach mit der Rolle der Presse in Bezug auf Integration und Nicht-Integration der um 1900 in Massen ins Ruhrgebiet zugewanderten Polen befasst. *Johannes Hoffmann* (Dortmund) geht in seinem Beitrag zurück zum Beginn der Zuwanderung aus den Ostgebieten des preußischen Staates, die Ankunft – noch vor der Reichsgründung 1871 – einer großen Zahl von Bergleuten aus dem niederschlesischen Bergrevier Waldenburg im Zuge eines dort gescheiterten Arbeitskampfes 1869/70. Als Quellen dienen Dortmunder liberale Zeitungen, die mit den Streikenden, aus denen Zuwanderer wurden, sympathisierten; eine Reihe von Artikeln wird dokumentiert.

Schließlich geht *Bärbel Röben* (Attendorn) in ihrem umfassend den Forschungsstand aufarbeitenden Beitrag auf die noch immer nur am Rande erforschte Rolle der Migrantinnen im Forschungsfeld mediale Integration ein, also auf die spezifische Situation der Frauen, namentlich beim Zugang zum Journalistenberuf. Über die Synopse hinaus stellt Röben Forderungen auf, die viel mit denen Bonfadellis gemeinsam haben.

4. Journalistik und Journalismusforschung

Einen deutlichen Schwerpunkt auf die berufsbezogene Dimension akademischer Beschäftigung mit Journalismus und Öffentlichkeit bietet der Abschnitt „Journalistik und Journalismusforschung“. Die ersten drei Aufsätze des Panels zeichnen dabei die Institutionalisierung des Faches Journalistik in der deutschen Hochschullandschaft seit den 1970er Jahren und damit die jüngere Geschichte der akademischen Journalistenausbildung nach.

Einen Überblick über diese Geschichte vermittelt die Textcollage von *Walter Hömberg* (Eichstätt). In Form von Rückblenden dokumentiert er die unterschiedlichen Entwicklungsstufen der Journalistik in Deutschland und veranschaulicht, welche Motive in den vergangenen vier Jahrzehnten für eine Akademisierung der Journalistenausbildung sprachen, aber auch, welche Widerstände sich dabei formierten. Im Rückblick bewertet er die Entwicklung als „Erfolgsgeschichte“, auch wenn der gegenwärtige „Bologna-Prozess“ und die damit verbundene „Modularisierung“ der Journalistik-Curricula das Fach vor große Herausforderungen stellten.

Eine „Erfolgsgeschichte“ stellt für *Ulrich Pätzold* (Berlin/Dortmund) vor allem die Entstehung des Dortmunder Journalistik-Studienganges dar, den Kurt Koszyk in den 1970er Jahren als Modellprojekt für eine hochschulgebundene Journalistenausbildung ins Leben rief. Pätzold rekonstruiert die Frühphase des Dortmunder Modells und damit den

Aufbau des dortigen Instituts für Journalistik, das bis heute in Deutschland das größte seiner Art ist.

Die weitere Entwicklung des wissenschaftlichen Berufsfachs Journalistik verfolgt *Gerd G. Kopper* (Berlin/Dortmund) jedoch durchaus kritisch: Vor allem die Chance einer Europäisierung der journalistischen Ausbildung an Hochschulen sei verspielt worden, weil in der Phase ab 1990 entscheidende Innovationen ausblieben. Kopper diagnostiziert rückblickend „institutionelle Geburtsfehler“ in der Gründungsphase der Journalistik in Deutschland, die sich später – zeitversetzt – auf europäischer Ebene wiederholt hätten. Die entscheidende Herausforderung an das Fach liege nun darin, nicht zuletzt auf transnationaler Ebene seine Innovationsoption für das Berufsfeld Journalismus wiederzuentdecken und umzusetzen.

Die Bedeutung der Journalistenausbildung betont auch *Andrea Czepek* (Wilhelmshaven). Sie stellt – ausgehend von einem internationalen Forschungsprojekt zur Pressefreiheit im europäischen Kontext – die provokative Frage: „Ist der Journalismus in Europa noch zu retten?“ Nach einer Analyse der gegebenen Rahmenbedingungen sucht sie nach verschiedenen Möglichkeiten zur Förderung eines verantwortungsvollen und unabhängigen Journalismus – und findet einen zentralen Ansatzpunkt in den Ausbildungseinrichtungen für Journalisten, die ausgebaut und weiterentwickelt werden müssten.

Wie sich wissenschaftliche und berufspraktische Zugänge in der Journalistenausbildung wechselseitig befruchten können, veranschaulicht *Bernd Klammer* (Münster). Er arbeitet verschiedene Gemeinsamkeiten von Journalismus und empirischer Sozialforschung heraus und verdeutlicht den gegenseitigen Nutzen beider Tätigkeitsfelder: Das Vorbild einer sozialwissenschaftlich fundierten methodologischen Reflexion könne dabei helfen, journalistische Recherchestrategien zu optimieren, während die Sozialforschung und die Wissenschaft allgemein vor allem von journalistischen Kompetenzen bei der Themenauswahl und ihrer Vermittlung profitieren dürften. Die beschriebenen Vorteile seien in der akademischen Journalistenausbildung unter anderem in Form von Lehrforschungsprojekten fruchtbar zu machen, wie Horst Pöttker sie am Dortmunder Institut für Journalistik seit vielen Jahren pflegt.

Dass auch die Vermittlung von Sachwissen in der Journalistenausbildung einen zentralen Stellenwert einnimmt, zeigt der Beitrag von *Udo Branahl* (Dortmund), der die rechtlichen Grundlagen journalistischer Recherchehandlungen erläutert und bewertet. Entsprechende Lehrveranstaltungen sind seit jeher ein fester Bestandteil der Dortmunder Journalistik-Curricula und stellen damit ein weiteres Beispiel für einen akademischen Blick auf den Journalismus mit dezidiert berufspraktischer Ausrichtung dar.

5. Journalismus und Geschichte

Das Themenfeld „Journalismus und Geschichte“ bildet die Klammer für das Schlusspanel, welches wiederum sechs Aufsätze versammelt.

Die breiteste Zeitspanne umfasst dabei der Beitrag von *Wolfgang R. Langenbacher* (München/Wien) und *Irmgard Wetzstein* (Wien). Sie stellen ihren „Kanon des Journalismus deutscher Sprache“ vor, in dem sie 100 journalistische Persönlichkeiten aus drei Jahrhunderten zusammenführen – und der Journalismusforschung damit viele gute Gründe für eine

Abkehr vom Systemdenken und eine Refokussierung auf den journalistischen Akteur liefern.

Einer dieser Akteure ist Karl Kraus. Auf ihn konzentriert sich *Joachim Pötschke* (Tutzing/Leipzig), der anhand von vier zentralen Essays aus der Feder dieses großen Wiener (Tages-)Schriftstellers dessen weltanschaulichen und künstlerischen Wandel nachvollzieht – und dabei unterstreicht, in welchem Maße er das Genre der Glosse beeinflusst und geprägt hat.

Die fortschreitende Professionalisierung des Journalistenberufs zu Beginn des 20. Jahrhunderts thematisiert *Arnulf Kutsch* (Leipzig). Er widmet sich in seinem quellenreichen Aufsatz dem Nationalökonom Karl Bücher, der – wie Kutsch zeigt – bereits vor dem Ersten Weltkrieg einen umfassenden und weit ausdifferenzierten Vorschlag für eine universitäre Journalistenausbildung konzipiert hatte. Damit liefert Kutsch gleichsam einige Bausteine für eine Vorgeschichte der deutschsprachigen Journalistik, auf die die Beiträge des vorhergehenden Panels aufbauen können.

Kurt Koszyk (München/Dortmund) beschreibt, wie sich die Bedingungen für einen professionellen Journalismus mit dem Kriegsausbruch 1914 wandelten: „[D]er im 19. Jahrhundert erkämpften ‚Pressefreiheit‘ [wurde] ein Ende bereitet. Militärische und zivile Behörden sollten dafür sorgen, ‚Volksstimmung‘ so zu gestalten, dass sie militärische Planung und Aktion nicht gefährdete.“ Um das Zusammenwirken von deutschen Zeitungen und Pressepolitik zu illustrieren, untersucht Koszyk den „Modellfall Sommeschlacht und Verdun“ und zeigt, dass es der Zensur offenbar gelang, in der Öffentlichkeit trotz erschreckender Verluste keine Zweifel an einem deutschen Endsieg aufkommen zu lassen.

Eine andere Facette deutscher Kriegspropaganda veranschaulicht *Rolf Seubert* (Siegen) am Beispiel des Historienfilms „Friedrich Schiller – Der Triumph eines Genies“. In dem 1940 uraufgeführten Streifen deuteten die nationalsozialistischen Filmschaffenden den Dichturfürsten zum Propheten eines kommenden „Tausendjährigen Reiches“ um, während sie die historische Person Schillers und sein Werk völlig aus dem Blick verloren. Daran konnte ihnen auch kaum gelegen sein, denn – so Seubert – „[d]as Werk des wirklichen Schiller war für die NS-Propaganda nicht nur uninteressant, sondern inzwischen gefährlich“.

Welche Auswirkungen die NS-Zeit auf die wissenschaftliche Beschäftigung mit Journalismus und Medien hatte, untersucht schließlich *Hans Bohrmann* (Dortmund). Das Jahr 1945 erscheint ihm dabei als personeller und institutioneller Wendepunkt, denn „der überwiegenden Mehrzahl der Zeitungswissenschaftler (einschl. der Rundfunkkunde), die das Kriegsende im dienstfähigen Alter erreichten, [wurde] kein neues Hochschulamt verliehen“. Die Entwicklung von der Zeitungswissenschaft im Nationalsozialismus hin zur Publizistik und Journalistik nach dem Kriege sei damit „gebrochener“, als bislang zu vermuten war. Auch Bohrmanns Beitrag liest sich – wie der von Kutsch – wie ein Präludium zu einer Geschichte der Journalistik in Deutschland, die bislang freilich noch nicht geschrieben ist.

Die Zusammenschau der einzelnen Beiträge in diesem Band verdeutlicht nochmals die Heterogenität ihrer Herangehensweisen und die Vielschichtigkeit ihrer Befunde. Damit muss sich die Textsammlung wohl unweigerlich einer nahe liegenden Kritik stellen, mit der sich ähnliche Publikationsprojekte in der Vergangenheit immer wieder konfrontiert sahen: dass Festschriften nämlich in der Regel nicht mehr als inhaltlich unstrukturierte und häufig lieblos zusammengefügte Buchbinder-Synthesen seien, denen – ähnlich wie auch Tagungs-

bänden – jegliche Existenzberechtigung abzuspüren ist (vgl. zuletzt Hoeren 2009). Dass wir uns diesem Unternehmen trotzdem angenommen haben, hat vor allem einen Grund – und der heißt Horst Pöttker. Faszinierende Forscherpersönlichkeiten wie er fordern – auch oder gerade wenn sie sich gelegentlich despektierlich über das Genre der Festschrift äußern – zu intellektueller Auseinandersetzung geradezu heraus; sie bieten Denkanstöße und Reibungsflächen – und werden damit zur Quelle der Inspiration. Auch um dieses Inspirationspotenzial zu würdigen, haben wir uns mit großer Genugtuung auf das akademische Ritual einer Festschrift eingelassen. Sie bietet einerseits den notwendigen Raum, um Horst Pöttkers Verdienste für Journalistik und Kommunikationswissenschaft zu dokumentieren – wie das vordergründig vor allem das von *Rainer Geißler* (Siegen) beigesteuerte Porträt und die Personalbibliographie von *Daniel Müller* (Dortmund) versuchen. Andererseits macht sie es möglich, diese Verdienste aufzugreifen, zu reflektieren, vielleicht auch zu revidieren, in jedem Falle aber weiterzuspinnen. Die Autoren der in diesem Band versammelten Aufsätze haben höchst unterschiedliche Strategien im Umgang mit dem Pöttker'schen Inspirationspotenzial entwickelt. Auch die Verschiedenartigkeit ihrer Beiträge ist ein Beleg dafür, wie vielfältig das Werk des Geehrten auf sein Umfeld ausstrahlt.

Literatur

- Baum, Achim (1994): *Journalistisches Handeln. Eine Kritik der Journalismusforschung*. Opladen.
- Blöbaum, Bernd (1994): *Journalismus als soziales System. Geschichte, Ausdifferenzierung und Verselbständigung*. Opladen.
- Habermas, Jürgen (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied am Rhein, Berlin.
- Hoeren, Thomas (2009): *Akademische Rituale. Tod den Tagungsbänden!* In: Spiegel Online v. 20.10.2009. Online unter: <http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/0,1518,655408,00.html>
- Löffelholz, Martin (2004): *Theorien des Journalismus. Eine historische, metatheoretische und synoptische Einführung*. In: ders. (Hrsg.): *Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch*. 2. Aufl. Wiesbaden, S. 17-63.
- Luhmann, Niklas (1984): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main.
- Lünenborg, Margreth (2005): *Journalismus als kultureller Prozess. Zur Bedeutung von Journalismus in der Mediengesellschaft. Ein Entwurf*. Wiesbaden.
- Meier, Klaus (2007): *Journalistik*. Konstanz.
- Negt, Oskar/Kluge, Alexander (1972): *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. In: ders. (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Opladen, S. 7-41.
- Pöttker, Horst (1998): *Von Nutzen und Grenze der Medienfreiheit. Daniel Defoe und die Anfänge eines Ethos der Öffentlichkeitsberufe*. In: Wunden, Wolfgang (Hrsg.): *Freiheit und Medien. Beiträge zur Medienethik*. Bd. 4. Frankfurt am Main, S. 207-226.
- Pöttker, Horst (1999): *Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Zum Verhältnis von Berufsethos und universaler Moral im Journalismus*. In: Funiok, Rüdiger/Schmälzle, Udo F./Werth, Christoph H. (Hrsg.): *Medienethik – die Frage der Verantwortung*. Bonn, S. 215-232.
- Pöttker, Horst (2000): *Kompensation von Komplexität. Journalismustheorie als Begründung journalistischer Qualitätsmaßstäbe*. In: Löffelholz, Martin (Hrsg.): *Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch*. Wiesbaden, S. 375-390.
- Renger, Rudi (2000): *Populärer Journalismus. Nachrichten zwischen Fakten und Fiktion*. Innsbruck etc.
- Scholl, Armin/Weischenberg, Siegfried (1998): *Journalismus in der Gesellschaft. Theorie, Methodologie und Empirie*. Opladen, Wiesbaden.
- Splichal, Slavko (2006): *In search of a strong European public sphere: some critical observations on conceptualizations of publicness and the (European) public sphere*. In: *Media, Culture & Society*, 28. Jg., S. 695-714.
- Weber, Max (1972): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. 2. Aufl. Tübingen. [zuerst 1922]

Westerbarkey, Joachim (1994): Öffentlichkeit als Funktion und Vorstellung. Der Versuch, eine Alltagskategorie kommunikationstheoretisch zu rehabilitieren. In: Wunden, Wolfgang (Hrsg.): Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Beiträge zur Medienethik. Bd. 2. Hamburg, Stuttgart, S. 53-64.

I. Gesellschaft und Öffentlichkeit

Öffentlichkeit und Journalismus in der Mediendemokratie

Christian Schicha

1. Einleitung

Öffentlichkeit meint zunächst nichts anderes als das Fehlen von Blockierungen und Blockaden in der Sphäre der gesellschaftlichen Kommunikation, die, wenn sie eben öffentlich sein soll, im Prinzip für alle Mitglieder der Gesellschaft und auch für alle Themen offen sein soll. (Pöttker 2001: 26)

Dass dieses von Pöttker skizzierte Leitbild einer Öffentlichkeit auch in demokratischen Gesellschaften vom Typ der Bundesrepublik Deutschland in der politischen Praxis kaum anzutreffen ist, skizziert das Spannungsfeld zwischen Idealnormen einerseits und den konkreten Ausprägungen in der gesellschaftlichen „Wirklichkeit“ andererseits. Schließlich ist die Kritik an der journalistischen Politikvermittlung¹ in der Mediendemokratie² zu recht weit verbreitet. Es werde – so auch der von Pöttker (2003: 165) skizzierte Vorwurf – ein inszeniertes „Bild der Politik als Showgeschäft“ vermittelt, aus dem sich eine „Entleerung der Berichterstattung von politischen Inhalten“ ergebe. Die Vermischung von Information und Unterhaltung fungiere auch im Rahmen der politischen Berichterstattung als triviale Form des „Infotainment“ oder „Politainment“. Nicht die rationale Abwägung sachlicher Handlungsalternativen im Verständnis einer deliberativen Politikkonzeption stehe im Blickpunkt. Vielmehr würden die Sympathie- und Kompetenzzuschreibungen politischer Akteure primär durch mediale Inszenierungen suggeriert. Schlagworte wie Popularisierung, Talkshowisierung, Entertainingisierung, Fiktionalisierung, Trivialisierung und Marginalisierung beschreiben zunehmend das Geschäft der massenmedialen Politikvermittlung.

Oberreuter (1997) geht davon aus, dass sich das Verständnis des Politischen in der durch Medien beeinflussten Öffentlichkeit verändert habe. Die Seriosität der Politik beginne sich aufzulösen und Politik avanciere immer mehr zu einem Schauspiel, das dem Unterhaltungsbedürfnis der Rezipienten gerecht werde. Politische Institutionen und Verfahren würden hingegen im Rahmen der Berichterstattung weniger thematisiert. Faktisch entspreche die Politikvermittlung in den Medien nicht der Komplexität politischer Willensbildungsprozesse. Durch dramaturgische Einsatzmöglichkeiten der Spannung, Verkürzung und Simplifizierung würden rationale Aspekte vielfach ausgeblendet oder zumindest redu-

1 Unter Politikvermittlung wird in Anlehnung an Sarcinelli (1994) ein breites Spektrum des kalkulierten Kommunikationsmanagements subsumiert, das sowohl die politische Dramaturgie und Inszenierung von Pseudorealität durch Showelemente umfasst als auch die sachbezogene Information und Aufklärung. Die Politikvermittlung bezieht sich im Gegensatz zur Politikerzeugung auf die Darstellung politischen Handelns, politischer Sachverhalte oder Ereignisse im Medium der Öffentlichkeit (vgl. Sarcinelli 1987). Dabei kommt es sowohl den Politikern als auch den Medien darauf an, die Öffentlichkeit durch spezifische Kommunikationsstrategien zu beeinflussen.

2 Hinsichtlich der Mediendemokratie lassen sich nach Alemann und Marschall (2002) folgende Entwicklungen aufzeigen: eine zunehmende Ausweitung der publizistischen Medien, eine Mediatisierung der gesamten Gesellschaft, eine hohe gesellschaftliche Relevanz medialer Tätigkeiten und eine verstärkte Herausbildung neuer Medienformen z. B. durch das Internet.

ziert. Symbolische Politik werde immer wichtiger. Die Politikvermittlung reduziere sich in vielen Fällen auf Aspekte der Visualisierung und Ritualisierung. Das Zeigbare in Form von bildfixierten Rückschlüssen werde präsentiert, während Hintergründe und Zusammenhänge immer seltener in den Blickpunkt rückten. Folgende Kritikpunkte lassen sich aufzeigen:

- Aufgrund der prominenzzentrierten Perspektive ergebe sich eine Konzentration auf das bühnenöffentliche Akteursverhalten durch Personalisierung, aus dem wiederum handlungstheoretische Kurzschlüsse bei der Bewertung politischer Prozesse resultieren.
- Durch die primär fernsehfixierte Perspektive sei eine Reduktion der Wirklichkeit auf das Fernsbild zu konstatieren. Auch meinungsführende Printmedien würden aktuell nicht mehr in angemessener Form wahrgenommen.
- Die Prozessdimension von Politik werde durch die Berichterstattung vernachlässigt.
- Beteiligungs- und Austauschprozesse innerhalb der Medienöffentlichkeit seien weiterhin angewiesen auf die Vermittlungsleistungen der Medien und daher abhängig von den spezifischen Rahmenbedingungen der Nachrichtenproduktion, von Nachrichtenfaktoren, Medienformaten und anderen medienspezifischen Einflüssen. Dadurch werde eine adäquate Form der Politikvermittlung zusätzlich beeinträchtigt.³
- Der reale Ablauf politischer Willensbildungsprozesse in einer arbeitsteilig organisierten, in formelle und informelle Verfahrensweisen eingebetteten Verhandlungsdemokratie lasse sich im Rahmen der Fernsehberichterstattung nur schwer visualisieren.
- Langwierige verhandlungsdemokratische Entscheidungsprozesse würden im Rahmen der politischen Berichterstattung in der Regel nicht dargestellt, da sie den Zeitrahmen der entsprechenden Medienformate sprengen würden.⁴
- Problematisch sei zudem, dass sich falsche Vorstellungen über den politischen Prozess, die an ihm beteiligten Institutionen, ihre Leistungen und ihre Problemlösungskapazitäten aufbauen. Somit bleibe auch die Rationalität von Entscheidungsverfahren in vielen Fällen unvermittelt.⁵

3 Journalisten orientierten sich schließlich an einer Reihe von Berichterstattungsformen, die Esser (2004: 316) zusammenfasst, beispielsweise „indem sie sich auf Skandale, Fehlleistungen, Fehlurteile, Pannen, Entgleisungen oder Ausrutscher konzentrieren, die in der Hauptsache negativ sind und die Bemühungen um Kontrolle und Choreographie als willkommene Sensation unterbrechen (*„Skandal“-Orientierung*); indem sie Politik als strategiebetonten Feldzug darstellen, der von Taktik, Darstellung und Stil bestimmt ist und bei dem Marketinganstrengungen, Werbung, Kundgebungen und Siegeswillen im Vordergrund stehen (*Kampagnen-Orientierung*); indem sie Politik sportlich dramatisieren durch den intensiven Einsatz selbstinitiiertter Umfragen, über die es sich trefflich spekulieren und kommentieren lässt und die sich jedes Mal als exklusive, spannungsgeladene Neuigkeit präsentieren lassen (*Umfrage-Orientierung*); indem sie Politik zu einem Wettstreit zwischen Stars personalisieren und dabei im Sinne einer Charakterpolizei die Persönlichkeit und das Persönliche vor dem Publikum ausbreiten bzw. als relevant darstellen (*Personen-Orientierung*); indem sie inhaltliche Substanz, programmatische Positionen und originär politische Grundsatzfragen in den Hintergrund treten lassen zugunsten der Analyse von Wahlkampfaktik, Strategien, Stil-Fragen, Imageeinschätzungen, Kameratauglichkeit und Siegespekulationen (*Substanz-Reduzierung*).“

4 Daher gelte: „Politik ist nicht zum ‚Nennwert‘ zu haben. [...] Politik ‚pur‘ gibt es nicht. Die ‚Darstellung‘, die Politikvermittlung, politische Inszenierung, auch symbolische Politik waren schon immer und sind in der Mediengesellschaft verstärkt Bestandteil der Politik selbst.“ (Sarcinelli 2000: 27)

5 Insbesondere im Rahmen der Fernsehberichterstattung über Politik werde deutlich, dass sich dort „Charisma, Sendungsbewußtsein, Flunkerei und Magie nicht ganz durch Rationalität, Logik, Kalkül und Berechnung verdrängen lassen“ (Semrau 1985: 63f.). Der Wahlkampf etwa avanciere Sarcinelli (2003: 51) zufolge zum „Prototyp von politischer Kommunikation und von Politik überhaupt“. Dadurch sei eine „Reduktion von Politik auf [die] Sondersituation moderner Medienwahlkämpfe“ zu beobachten.

2. Politik und Medien

Weiterhin wird über die wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen dem politischen und dem medialen System diskutiert, die im Folgenden aufgezeigt werden. Insgesamt lassen sich drei Paradigmen zur Beschreibung der intersystemischen Beziehungen unterscheiden: Dazu gehören die Autonomie-Modelle, die Dependenz-Modelle und die Interdependenz-Modelle (vgl. Jarren/Donges/Weßler 1996: 20ff.).

Den Autonomie-Modellen zufolge erbringen Politik und Medien nach wie vor systemisch gänzlich unabhängig voneinander ihre gesellschaftlichen Funktionen.

Die Dependenz-Modelle gehen davon aus, dass ein System von den Leistungen und Operationen des anderen abhängig ist. Die einen sehen eine starke Abhängigkeit des politischen vom medialen System, während die anderen eine Abhängigkeit des medialen vom politischen System konstatieren. Die Vertreter des Ansatzes der „starken Medien“ (Mediokratie) machen einen übermäßigen, legitimatorisch nicht mehr zu rechtfertigenden Einfluss der Massenmedien auf den demokratischen Entscheidungsprozess selbst aus. Die Vertreter der These, dass die Medien strukturell von der Politik abhängig seien, gehen davon aus, dass die Medien und ihre Reaktionen aufgrund der aufwändigen technischen Produktionsbedingungen und der Selektionsroutinen für professionelle politische Öffentlichkeitsarbeit mittlerweile so gut kalkulierbar sind, dass sie sich den entsprechenden Inszenierungen des politischen Systems gar nicht mehr entziehen könnten.

Der Erklärungsansatz der Interdependenz-Modelle propagiert, dass vornehmlich Wechselwirkungen zwischen den beiden Systemen Politik und Medien bestehen. Sarcinelli (2005) skizziert die von ihm beobachteten Dependenz zwischen Politik und Medien in einer vereinfachenden Formel. Er sieht zunehmend ein für beide Seiten existentielles Tauschverhältnis: Publizität wird gegen Information getauscht. Erst in dieser wechselseitigen Dependenz vollziehe sich die Konstruktion der politischen Realität in den Massenmedien. Sarcinelli geht dabei von einem symbiotischen Verhältnis aus.

3. Von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie

Medien begleiten und prägen kontinuierlich politische Prozesse. Fernsehen und Presse fungieren als permanente Beobachter des politischen Geschehens und berichten über die aktuellen Entwicklungen. Das Mediokratie-Modell (vgl. Meyer 2001) besagt, dass die Massenmedien im Verständnis einer „vierten Gewalt“ selbst zu einem wesentlichen Teil die öffentliche Meinungsbildung und demzufolge auch die politische Agenda bis hin zur weitgehenden „Vereinnahmung der Politik durch Medien“ (Westerbarkey 1995: 153) beeinflussen. Sie nehmen die Rückwirkungen von politischen Entscheidungen der realen Welt auf und spiegeln die Reaktionen zurück auf die Politik einerseits und das Publikum andererseits. Die Konzeption der Mediokratie impliziert jedoch nicht, dass eine Abschaffung der herausragenden Funktionsrolle der politischen Akteure und Parteien zu befürchten ist. Eine derartige Schlussfolgerung „basiert auf einer Fehlinterpretation von Phänomenen, die natürliche Begleiterscheinungen der modernen Politik darstellen und eng mit dem Bereich der Massenkommunikation verwoben sind. Medienpolitik ist kein Synonym für Politik mittels Medien“ (Mazzoleni 1998: 123).

4. Öffentlichkeit(en)

Öffentlichkeit ist ein viel diskutierter Forschungsgegenstand, der sowohl aus makrosoziologischer als auch aus mikrosoziologischer Perspektive Bestimmungsdefizite aufweist und unterschiedliche Zuordnungsbereiche umfasst (vgl. Stöber 2008).

Die soziale Einbettung in öffentliche Austauschprozesse ist auf allen denkbaren gesellschaftlichen Ebenen unverzichtbar, um ein funktionierendes gesellschaftliches Leben zu ermöglichen. Insofern nimmt die Analyse und Interpretation des Phänomens „Öffentlichkeit“ im Kontext der sozialwissenschaftlichen Forschung einen breiten Raum ein, da es sowohl normativ als auch demokratietheoretisch eine zentrale Rolle spielt. Die Forderung nach Öffentlichkeit soll dafür sorgen, dass alle den Staat und die Gemeinschaft betreffenden Fragen der allgemeinen Kenntnis und offenen Erörterungen zugänglich gemacht werden sollen.

Beim Blick auf die Geschichte politischer Öffentlichkeit lässt sich bereits eine stark wertende Konnotation des Begriffes konstatieren. Öffentlichkeit stellt nach Kant ein grundlegendes Postulat seit der europäischen Aufklärung dar, steht im Gegensatz zu der in feudalen Zeiten üblichen „Geheimniskrämerei“ und fungiert als Ziel bürgerlicher Emanzipation. Im Rahmen der politischen Publizität im Anschluss an die Französische Revolution avancierte Öffentlichkeit zu einer zentralen Grundkategorie der Demokratie, nach dem Vorbild der „res publica“ (vgl. Hartmann 2008). In internationalen Diskursen wird mit Wortkombinationen wie „public sphere“ gearbeitet, wobei dann vor allem die Offenheit im Gegensatz zur Abgeschlossenheit der Kommunikationsabläufe gemeint ist (vgl. Hickethier 2003). Im Zeitalter der Aufklärung und der Französischen Revolution hat sich ein Begriff von Öffentlichkeit herausgebildet, der ab dem 19. Jahrhundert die liberale bürgerliche Auffassung vom Stellenwert und der Funktion der Öffentlichkeit innerhalb der Demokratie mitbestimmte. „Öffentlichkeit etablierte sich als normativer Antagonist des Geheimen.“ (Marshall 1998: 43) Sie wird begrifflich vom Intimen und Privaten getrennt. Daraus entwickelte sich der Gedanke einer Kontrollfunktion der Öffentlichkeit, um eine machtbegrenzende Wirkung zu erreichen, die im modernen Medienzeitalter unter dem Aspekt der Kontroll- und Kritikfunktion erneut aufgegriffen wurde.

Die Öffentlichkeit als Legitimation von Politik gilt seit langem als normative Zentralkategorie sowohl der Demokratie, der Demokratietheorie als auch der Demokratiepoltik (vgl. Meyer 1998: 126). Dem Bereich des Öffentlichen wird also eine essentielle gesellschaftliche Bedeutung zugeschrieben. Er fungiert als unverzichtbarer Bestandteil westlicher Demokratien.

Öffentlichkeit gilt als Verfahrens- und Ordnungsprinzip bei politisch-administrativen Entscheidungsprozessen, als räumliches und thematisches Zugänglichkeitsprinzip sowie als Bereich des allgemeinen Interesses im Hinblick auf den Zustand des Gemeinwesens. Die Komplexität moderner Gesellschaften soll durch eine öffentliche Sphäre gesellschaftlicher Kommunikation reduziert werden, in der Erfahrungen, Erkenntnisse und Interessen aufgrund der Regulierungsnotwendigkeit veröffentlicht werden (vgl. Pöttker 1998). Aus einer demokratietheoretischen Perspektive soll durch die Herstellung von Öffentlichkeit Transparenz von politischen Prozessen erzeugt werden, aus der ein Partizipationsgewinn durch die Informationsweitergabe resultieren soll (vgl. Franz 2000: 12).

Die Institutionalisierung von Öffentlichkeit ist verfassungsrechtlich verankert in der Meinungs-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit, die kollektive Diskurse ermöglichen

kann. Informationen und Meinungen sollen nach diesem Verständnis ausgetauscht und kritisch kommentiert werden.

Öffentlichkeit wird als der zentrale Bereich moderner Gesellschaften klassifiziert, da sich eine Gesellschaft als solche erst in der Öffentlichkeit erkennt und konstituiert (vgl. Kamber/Schranz 2002). Damit ist aber kein spezifisch räumlicher Ort im Verständnis eines räumlichen Forums gemeint, sondern die Option, in verschiedenen Kontexten und Formen öffentliche Austauschprozesse zu bewerkstelligen. Öffentlichkeit als gesellschaftliches Phänomen ist demzufolge dezentral (vgl. Franz 2000: 7).

Die Öffentlichkeit kann in den westlichen Demokratien im Gegensatz zum Parlament, den Parteien oder Verbänden nicht als stabile Größe klassifiziert werden, da sie fortlaufend hergestellt und erneuert wird und demzufolge über keine festen Umrisse und Strukturen verfügt (vgl. Lang 2001).

Neben der raumzeitlichen Abgrenzung fungiert Öffentlichkeit auch als Prozess. Sie wird immer neu manifestiert und ist niemals abgeschlossen: Öffentlichkeit ist „in Wahrheit nie verwirklicht“ (Adorno 1972: 524). In diesem Verständnis ist sie auch offen für neue Einflüsse. Öffentlichkeit gilt dann als ein Formbegriff, der Aussagen über die Struktur der Personenallgemeinheit macht und diese in ihrer personalen Offenheit zeigt (vgl. Groth 1960: 81).

Insgesamt kann die gesamtgesellschaftliche Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften vom Typ der Bundesrepublik Deutschland „nicht mehr in einem wörtlichen Sinne hergestellt werden. Sie wird ersetzt durch eine Vielzahl von Gruppen- und Spezialöffentlichkeiten, die jeweils von bestimmten Publikumssegmenten getragen werden“ (Weßler 2002: 199). Es kann also *die* Öffentlichkeit in einer komplexen und ausdifferenzierten Gesellschaft nicht geben. Sie bildet sich vielmehr auf verschiedenen Ebenen heraus.

Beim Blick auf die Ebenen der Öffentlichkeit lässt sich zunächst die Spontanöffentlichkeit als Encounteröffentlichkeit (Quartiers- und Betriebsöffentlichkeit) im direkten Austausch aufzeigen. Sobald spezifische gemeinsame Bezugspunkte zwischen den sich austauschenden Individuen entstehen, kann von einer organisierten Themenöffentlichkeit gesprochen werden, die sich ggf. in Form eines Vereins, einer politischen Gruppe oder einer Interessengemeinschaft manifestiert. Daran knüpft die Medienöffentlichkeit an, in der in den entsprechenden Kanälen über Themen berichtet wird (vgl. Jarren/Donges 2002).

Merten (1999) differenziert zwischen einer episodischen Öffentlichkeit, in der beispielsweise vertrauliche Gespräche in einer unmittelbaren „Face-to-face“-Situation stattfinden, der Veranstaltungsöffentlichkeit, die im Rahmen eines Events, etwa einer Pressekonferenz, entsteht und einer Publikumsöffentlichkeit, bei der z. B. medienwirksame Kampagnen durchgeführt werden.

Beim Versuch, das Phänomen „Öffentlichkeit“ weitergehend zu operationalisieren, bietet es sich zunächst an, die jeweils unterschiedliche Reichweite zu skizzieren, wobei Überlappungen durchaus möglich sind. Dies ist deshalb relevant, weil dadurch bereits strukturell unterschiedliche Formen von Interaktionsprozessen mit jeweils spezifischen Ausprägungen angelegt sind.

Die öffentliche Sphäre ist nicht homogen. Die Segmentierungsprozesse moderner Gesellschaften führen vielmehr dazu, dass sich themenspezifische Teilöffentlichkeiten bilden (vgl. Kleinsteuber 2004).

Diese werden in der Öffentlichkeitssoziologie in Anlehnung an die paradigmatische Konzeption von Gerhards und Neidhardt (1990) meist als „Arenen“ bezeichnet, die keine

abgeschlossenen, permanenten Veranstaltungen bilden, sondern sich vielmehr situativ zusammensetzen. Habermas (1990: 98) spricht in diesem Zusammenhang von einer prinzipiellen „Unabgeschlossenheit des Publikums“.

Querverbindungen zwischen einzelnen Teilöffentlichkeiten sind ebenso möglich wie deren Verschmelzen, wie neuerliche Ausdifferenzierungen oder auch das Verschwinden bestimmter Kommunikationszusammenhänge. Mögliche raumzeitliche Beschränkungen öffentlicher Begegnungen werden in massenmedial hergestellten Öffentlichkeiten zunehmend aufgelöst, indem Öffentlichkeit abstrahiert wird und durch ihre institutionelle Verankerung eine faktisch weit umfassendere gesellschaftliche Relevanz erhält als die spontane öffentliche Kommunikation in der Lebenswelt.

In öffentlichkeitssoziologischen Näherungen werden folgende Formen von Öffentlichkeit unterschieden, die sich bisweilen überschneiden können (vgl. Gerhards 1993: 34):

- Kommunikation au trottoir (einfache kommunikative Interaktionen, z. T. spontan),
- Veranstaltungen (thematisch zentrierte Interaktionen, die mit einem gewissen Organisationsaufwand verbunden sind),
- Proteste (thematisch zentrierte Handlungen, die mit einem gewissen Organisationsaufwand verbunden sind),
- massenmediale Kommunikation (durch Massenmedien organisierte Kommunikation).

Kennzeichnend für diese Differenzierungen nach der Reichweite des jeweiligen Kommunikationszusammenhangs ist vor allem der Grad der Wechselseitigkeit von Sprecher- und Publikumsrolle: Während die Kommunikation au trottoir noch stark davon geprägt ist, dass alle Teilnehmer sowohl Sprecher als auch Zuhörer sind, fallen diese beiden Rollen in den ausdifferenzierten Formen von Öffentlichkeit zunehmend auseinander.

Die mehrdeutige und vielschichtige Verwendungsweise des nahezu unüberschaubaren Öffentlichkeitsbegriffs kommt zusätzlich durch attributive Ergänzungen zum Ausdruck.

Auch hier können verschiedene Konzepte ausdifferenziert werden (vgl. Steininger 2005):

- Theoretische Konzeptionen beschäftigen sich u. a. mit hergestellter, aktiver, passiver und latenter Öffentlichkeit.
- Prototheoretische Vorstellungen skizzieren v. a. die für den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit relevante demokratische, liberale, inszenierte, symbolische und performative Öffentlichkeit.
- Beschreibungskategorien für sektorale Öffentlichkeiten erörtern auch Formen von nationalen, integrierten, fragmentierten und ausdifferenzierten Öffentlichkeiten.

Diese Ergänzungen umfassen die meisten Öffentlichkeitskonzeptionen im Beziehungsfeld von Medien, Demokratie und Raum. Die zahlreichen Definitionen und Bestimmungsgrößen des Phänomens der Öffentlichkeit sorgen auch dafür, dass eine klare Abgrenzung der Bereiche problematisch ist. Zudem manifestiert sich in der Diskussion eine Debatte, ob der Öffentlichkeitsbegriff mit einer Zerfallssemantik (vgl. Jarren/Imhof/Blum 2000) in Verbindung gebracht werden kann. Durch die Expansion der Lebensstilgruppen und Spartenmedien im Zuge der gesellschaftlichen Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile

und -formen ist ein Abbau traditioneller Bindungen und einheitlicher Mediengewohnheiten entstanden, wodurch eine Fragmentierung des Publikums in einer mehrfach differenzierten Gesellschaft zu verzeichnen ist (vgl. Schicha 1996).

Grundlegend lassen sich für das Phänomen der Öffentlichkeit folgende charakteristische Merkmale aus einer normativen Perspektive konstatieren: Durch das Prinzip der Öffentlichkeit wird der erforderliche Pluralismus in freiheitlich-demokratischen Systemen vom Typ der Bundesrepublik Deutschland erst möglich. Aus der Eigenschaft der Offenheit und Unbegrenztheit im Sinne von „zugänglich für jedermann“ leitet sich letztlich die Bedeutung der Bezeichnung Öffentlichkeit ab.

Im modernen Verfassungsstaat wird „Öffentlichkeit als verfassungsprägendes Prinzip“ klassifiziert, das „als Bedingung demokratischer Entscheidungsfindung und als normative Anforderung gegenüber dem Machthandeln“ angesehen wird (Jarren/Imhof/Blum 2000: 9). Öffentlichkeit gilt als der politische Bereich, an dem sich die Demokratie herausbildet und beweisen muss. Sie wird als Organisationsprinzip demokratischer Herrschaft bezeichnet. Im Forum Öffentlichkeit sollen konfliktträchtige gesellschaftliche Interessen zu einer vernünftigen Willensbildung und Interessenverallgemeinerung gelangen. Aus diesem Grund hängt die Verwirklichung von Demokratie eng mit der Verwirklichung von Öffentlichkeit zusammen (vgl. Raskob 1995).

Öffentlichkeit wird dabei als Verständigungsprozess der Gesellschaft über sich selbst interpretiert. Dort sollen „öffentliche Problemlagen sowie normative und praktische Fragen gesellschaftlicher Handlungskoordination“ (Heming 1997: 5) erörtert werden.

Die normative Charakterisierung des Begriffs Öffentlichkeit ist auch auf seine zentrale Stellung in der Theorie der Demokratie zurückzuführen. Dabei wird idealtypischerweise der Prozess einer öffentlichen Meinungs- und Willensbildung vorausgesetzt. Dieser Prozess soll alle Bürger des Gemeinwesens einbeziehen, damit sie ihre Interessen angemessen zur Geltung bringen können und diese über Meinungsäußerungen argumentativ artikulieren, indem sie ihre Standpunkte wechselseitig austauschen und durch konstruktive Debatten zu einer Konsens- oder zumindest Kompromissentscheidung gelangen.

Die daraus resultierende Partizipation der Bürger soll dazu beitragen, die Kenntnis über politische Zusammenhänge zu intensivieren und ihr Engagement zu steigern. Ihre möglichst zahlreiche Mitwirkung soll schließlich dazu führen, dass kontroverse und interessegebundene Fragen sachgerecht und vernünftig debattiert und entschieden werden (vgl. Roß 1993).

5. Öffentliche Meinung

The term public opinion is given its meaning with reference to a multiindividual situation in which individuals are expressing themselves, or can be called to express themselves, as favoring or supporting [...] some definite condition, person, or proposal of widespread importance, in such a proportion or number, intensity, and constancy, as to give rise the probability of affecting action, directly or indirectly, toward the object concerned. (Allport 1937: 23)

In dieser traditionellen Definition der öffentlichen Meinung sind ihre zentralen Bestimmungsgrößen bereits verankert. Die öffentliche Meinung gilt als relevante Angelegenheit, die eine entsprechende öffentliche Resonanz auslöst. Sie wird als Gesamtheit öffentlicher

Sprecherbeiträge definiert, in der die Vielfalt der Meinungen und Themen sich kollektiv verdichtet (vgl. Gerhards/Neidhardt 1991).

Für das allgemeine Meinungsklima wird seit Rousseau der Begriff „Öffentliche Meinung“ verwendet, inzwischen in nahezu inflationärem Ausmaß. Es lassen sich hinsichtlich der Entwicklung der Vorstellung der öffentlichen Meinung unterschiedliche theoretische Konzeptionen aufzeigen.

Habermas (1990) klassifiziert in seinem historisch-normativen Konzept die öffentliche Meinung unter Rekurs auf eine Aussage von Kant aus dem Jahr 1775 als diskurserprobten Konsens vernünftig denkender Privatleute, die sich auf den Wahrheitsanspruch verpflichtet fühlen, wobei Öffentlichkeit als notwendige Voraussetzung für die Aufklärung angesehen wird: „Zu dieser Aufklärung wird nichts erfordert als Freiheit [...] nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen.“ (Kant 1968: 55)

Die Vorstellung der öffentlichen Meinung resultiert zudem aus dem Vernunftdenken der Aufklärung und ist vom rationalen Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts getragen. Sie legt die Vorstellung zugrunde, dass sich ein allgemeines soziales Bewusstsein im Austausch rationaler Argumente herauskristallisiert. Durch die Diskussion vernünftiger Argumente – so die idealtypische Annahme – würde sich durch gemeinsame Debattergebnisse ein „allgemeines Bewusstsein“ herausbilden, wodurch die individuellen Ansichten schließlich zu einer „öffentlichen Meinung“ werden (vgl. Schelsky 2002).

Beim Versuch, das Phänomen der öffentlichen Meinung zu klassifizieren, lassen sich vier Prinzipien aufzeigen (vgl. Herbst 1993):

- Bei der Klassifikation als Aggregationsprinzip lässt sich die Öffentlichkeit als Masse von Individuen beschreiben, die jeweils eigene Meinungen vertreten. Durch Wahlen oder Meinungsumfragen werden diese einzelnen Meinungen dann zur öffentlichen Meinung.
- Nach dem Majoritätsprinzip gilt das als öffentliche Meinung, was durch Mehrheitsmeinung nach einer Aufsummierung der Einzelmeinungen zum Tragen kommt.
- Beim Diskurs- oder Konsensprinzip ist öffentliche Meinung das Ergebnis einer rationalen und kritischen öffentlichen Diskussion.
- Das Projektionsprinzip geht davon aus, dass öffentliche Meinung eine Fiktion darstellt. Sie wird auch als ein rhetorisches Instrument politischer Akteure charakterisiert, die sich auf eine behauptete öffentliche Meinung beziehen, die faktisch überhaupt nicht existiert.
- Im Zentrum der politikwissenschaftlichen Analyse von Kommunikationsprozessen steht der Begriff der öffentlichen Meinung, die als zentrale Kategorie der demokratischen Willensbildung demokratietheoretisch bedeutsam ist (vgl. Lenz 1955).

Die Qualität einer „anspruchsvollen“ öffentlichen Meinung liegt einem normativen Ansatz zufolge darin, dass sie aus öffentlichen Diskursen hervorgeht und daher Vernünftigkeit und Legitimität beanspruchen kann (vgl. Peters 1994: 47, 2007).

Damit sich eine angemessene öffentliche Meinung herausbilden kann, sind – zumindest idealtypisch – einige Voraussetzungen erforderlich (vgl. Dombrowski 1997):

- Gleichheit der Zugangschancen zur Arena öffentlicher Kommunikation,
- Offenheit für unterschiedliche Themen und Meinungen,
- rationaler Diskurs sowie symmetrische Kommunikationssituationen zwischen den Sprechern und dem Publikum.

Insofern sind diesem Ansatz zufolge zentrale Aspekte des deliberativen Modells vorhanden (vgl. Brosda 2008).

Die öffentliche Meinung fungiert als Fixpunkt, in der die als relevant eingestuften Themen und Themenstrukturen für gesellschaftliche Anschlusskommunikationsprozesse sorgen. Sie erfüllt dabei Regulations-, Sinnverdichtungs- und Orientierungsleistungen. Die öffentliche Meinung stellt auch das dar, was im deutschen Sprachgebrauch als die „veröffentlichte Meinung“ klassifiziert werden kann, die primär über die Medien transportiert wird (vgl. Pfetsch 1997).

Öffentliche Meinung gilt als „kollektives Produkt von Kommunikationen, das sich zwischen den Sprechern als ‚herrschende Meinung‘ darstellt“ (Neidhardt 1994: 26).

Sie besitzt eine Kontroll-, Kritik- und Orientierungsfunktion und macht gesellschaftliche Konflikte sichtbar. Dabei kann sie auch als strategisches Instrument eingesetzt werden.

Die öffentliche Meinungsbildung findet auf mehreren Öffentlichkeitssebenen statt, die über eine unterschiedliche Offenheit und Kontrolle verfügen (vgl. Gerhards/Neidhardt 1991: 49ff.). Dazu gehören temporäre Interaktionen von Personen im öffentlichen Raum. Weiterhin existieren öffentliche Veranstaltungen, die organisiert sind und sich auf ein spezifisches Thema konzentrieren. Es gibt zudem die massenmediale Vermittlungsdimension, die aufgrund der technischen Infrastrukturoptionen einen hohen Verbreitungsgrad erzielen kann.

Beim Versuch, das Phänomen der öffentlichen Meinung weitergehend zu operationalisieren, bieten sich zunächst zwei Möglichkeiten an. Das Elitekonzept sieht vor, dass vor allem Einflussreiche und Wohlinformierte die öffentliche Meinung bestimmen. Das Demoskopiekonzept hingegen ermittelt die Meinung der breiten Bevölkerung (vgl. Gallus/Lühe 1998).

Ebenso wenig wie *die* Öffentlichkeit kann es *die* öffentliche Meinung geben, da im Rahmen öffentlicher Meinungsbildungsprozesse mannigfache und zum Teil auch widersprechende Ansichten zu gesellschaftlich relevanten Themen vorherrschen. Sie stellt eher ein Gedankengebilde dar (vgl. Schiewe 2004). Habermas (1992: 436) etwa geht davon aus, dass sich Öffentlichkeit primär „als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen“ klassifizieren lässt, bei dem „die Kommunikationseinflüsse so gefiltert und synthetisiert“ werden, „daß sie sich zu themenspezifisch gebündelten Meinungen verdichten“. Dabei basiert der Entstehungsprozess öffentlicher Meinungen primär auf den Ausprägungen der massenmedialen Kommunikation, die im Folgenden als Medienöffentlichkeit bezeichnet werden (vgl. Derieth 1995).

6. Medienöffentlichkeit

Vielfach wird Wichtigkeit in der öffentlichen Wahrnehmung eben gerade durch Medienpräsenz erzeugt, jedenfalls dann, wenn Inhalte der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nur massenmedial zugänglich sind. Abgesehen von lokalen Ereignissen trifft dies auf beinahe alle Themen zu. (Böhm/Seidler 2008: 68f.)

Öfflichkeitstheorien sind in den meisten Fällen übergreifend und sie verweisen nicht auf konkrete Medienkontexte mit ihren spezifischen Erscheinungsformen und strukturellen Zwängen. Gleichwohl werden konkrete Defizite im Rahmen der Medienberichterstattung benannt, die dazu führen können, dass sich eben keine kritische Öffentlichkeit herausbildet.

Die Diskussion über die Konsequenzen einer politischen Öffentlichkeit unter Medienbedingungen findet in unterschiedlichen Disziplinen statt. Während die Debatten zum Thema Öffentlichkeit in den Fachrichtungen der Politischen Philosophie und Soziologie geführt werden, finden die Diskurse über Medienstrukturen und -entwicklungen vorwiegend in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft statt, die in ihren Analysen in der Regel empirisch vorgeht und auf der Ebene konkreter medialer Prozesse und Zusammenhänge argumentiert. Politikwissenschaftliche Diskurse zum Thema Öffentlichkeit beschäftigen sich hingegen vor allem mit Machtstrukturen insbesondere im Verhältnis zwischen Peripherie und Zentrum, also zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern. Kommunikationswissenschaftler richten ihren Fokus stattdessen vorwiegend auf das Mediensystem selbst und lassen die Funktionsabläufe zwischen dem Zentrum der Politik und den Bürgern weitgehend außer Acht (vgl. Gerhards 1998).

Während die politische Öffentlichkeit die operative Leistung politischer Personen, Institutionen und Organisationen umfasst, soll die mediale Öffentlichkeit – zumindest auf der Idealebene – durch einen unabhängigen Journalismus Vermittlungsleistungen über politische Zusammenhänge für das Publikum erbringen.

Dabei fungiert die Kritik- und Kontrollfunktion der Medien als ein charakteristischer Teilaspekt und dient u. a. als Steuerungsprinzip der Öffentlichkeit im Rahmen moderner Gesellschaften (vgl. Pöttker 1998).

Massenmedien bilden also den weitestgehenden Öffentlichkeitszusammenhang, der in ausdifferenzierten Gesellschaften überhaupt möglich ist.

Mit dem Entstehen der Massenmedien haben sich die Öffentlichkeitsformen verändert, denn aus den realen Formen der „Face-to-face“-Öffentlichkeit (u. a. Marktplatz, Straße) haben sich zunächst weitere Versammlungsöffentlichkeiten herausgebildet (u. a. Theater, Zirkus), die dann durch massenmediale Medienöffentlichkeiten ergänzt worden sind, die nicht mehr an einen raum-zeitlichen Ort gebunden sind und auch virtuelle Orte des Austausches umfassen (z. B. Internet) und potenziell weltweit wahrgenommen und aktiv mitgestaltet werden können (vgl. Hickethier 2003).

Insgesamt konstituiert sich die politische Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ primär als massenmediale Öffentlichkeit. Dabei ist die politische Medienberichterstattung bei der Themenwahl und Darstellung spezifischen Selektions-, Gewichtung- und Darstellungskriterien unterworfen, wodurch Wechselwirkungen und Verzerrungen bei der Reduktion von Komplexität zwischen den Ereignissen und der daraus resultierenden Berichterstattung zum Zuge kommen können. Professionelle Standards, etwa durch Auswahlkriterien von Nachrichtenfaktoren, die Zwänge der komprimierten Berichterstattung und die kommerziellen Bedingungen in einer konkurrenzgeprägten Medienlandschaft, sorgen beim Kampf um die Aufmerksamkeit der Rezipienten dafür, dass das skizzierte normative Öffentlichkeitsverständnis sich nicht ohne Weiteres auf die Rahmenbedingungen der Medienöffentlichkeit übertragen lässt.

Autonome Öffentlichkeiten (vgl. Habermas 1990) entstehen in spontanen Zusammenhängen und können wieder zerfallen, während die institutionalisierten Massenmedien eine

dauerhafte öffentliche Präsentation von Ereignissen, Themen und Meinungen anbieten, die sich jedoch auch rasch wieder verflüchtigen.

Medienöffentlichkeiten bilden eine Pluralität, die sich aus unterschiedlichen Techniken (u. a. Print und Rundfunk), öffentlich-rechtlichen und privat-kommerziellen Organisationsformen und Trägern zusammensetzen. Ihre Inhalte werden durch spezifische Medienstrategien (u. a. Orientierung an Auswahlkriterien der Verkürzung, Vereinfachung, Personalisierung und Unterhaltungszentrierung) im Rahmen der konkreten Programmausgestaltung geprägt, um Interesse beim Publikum zu erzeugen.

(Massen-)Medien organisieren [...] Öffentlichkeit, insofern sie selektieren und präzisieren, kontextualisieren und illustrieren, weiter entwickeln, prognostizieren, kommentieren und ironisieren, und all das ihrem Publikum zur Kenntnis bringen. (Krotz 2002: 47)

Sie informieren über Entwicklungen, die über den individuellen Erfahrungshorizont hinausgehen, und bilden somit ein frei zugängliches Podium, das Wissen verfügbar macht und einordnet. Verständigung, Urteilsvermögen, Sachkenntnis und Integrationsfähigkeit sollen nach diesem idealtypischen Verständnis durch die Berichterstattung über die massenmedialen Kanäle bedient werden. Die u. a. über die Medien konstituierte politische Öffentlichkeit vermittelt Informationen über die Prioritäten, Planung und Begründung politischer Prozesse. Die Massenmedien verfügen einerseits über einen integrierenden und festigenden Charakter, andererseits kommt ihnen aber auch eine innovative Funktion zu, indem sie über Ereignisse, Neuigkeiten und Tendenzen für Veränderungen berichten und Wertewandlungsprozesse dokumentieren.

Massenmedien können als Subsystem eines umfassenden Kommunikationssystems „Öffentlichkeit“ interpretiert werden. In modernen Gesellschaften besteht aufgrund der annähernd flächendeckenden Verbreitung von Empfangsgeräten ein offener Kommunikationsraum, der die Option einer massenmedialen Öffentlichkeit der nahezu gesamten Bevölkerung zulässt, wobei die Vielzahl der Medien einen sehr unterschiedlichen Zugang mit entsprechenden Nischeninteressen zulässt und somit ein nur geringer Ausschnitt gesellschaftlicher Prozesse wahrgenommen wird (vgl. Kleinsteuber 2000). Die Teilhabe der Rezipienten reduziert sich jedoch im Bereich der klassischen Medien (Rundfunk und Print) primär auf die Auswahl und Rezeption von Medieninhalten (vgl. Marschall 1998: 46).

Das Mediensystem stellt eine spezifische Institution mit eigenen internen Entscheidungsstrukturen für die Auswahl und Vermittlung politisch relevanter Sachverhalte dar. Insofern sollte ein normativer Öffentlichkeitsbegriff diese Strukturen berücksichtigen. Dabei geht es um die Fragen, in welcher Weise Themenselektion, Themengewichtung und Themendarstellung für die Öffentlichkeit durch interne subjektive Kriterien, professionelle Standards und organisatorische Mechanismen bestimmt werden und welche Wechselwirkungen zwischen Ereignissen und der Berichterstattung darüber entstehen (vgl. Dietz 1995).

Faktisch kann jedoch nicht von *der* Medienöffentlichkeit ausgegangen werden, da sich die über die Medien hergestellte Öffentlichkeit aufgrund der Vielfalt der Medienangebote in unterschiedliche Teilöffentlichkeiten zergliedert.

Daraus resultiert die Problematik, dass die Integrationsfunktion der Massenmedien zumindest gefährdet ist (vgl. Hoffmann/Sarcinelli 1999). Gleichwohl schaffen die Massenmedien mehr als nur Teilöffentlichkeiten, da sie trotz aller Fragmentierungstendenzen

durch ihr Angebot einen öffentlichen Raum bereitstellen, in denen Informationen von einem spartenübergreifenden Publikum rezipiert werden können. Auch in der Machart zahlreicher journalistischer Beiträge bleibt eine spartenübergreifende Kontinuität erhalten. Dadurch bieten sie Möglichkeiten zur Anschlusskommunikation (vgl. Keppeler 2002).

Es lässt sich konstatieren, dass durch die Medien eine neue Qualität „autonomer Medienöffentlichkeiten“ entstanden ist, die keine unmittelbare Verortung im Verständnis einer physischen Präsenz besitzen (vgl. Beierwaltes 2000: 58). Das Kriterium der allgemeinen Zugänglichkeit der Bevölkerung zu den Massenmedien ist dem normativen Anspruch des liberalen Öffentlichkeitsmodells zufolge empirisch weitestgehend erfüllt. Von einer wechselseitigen Kommunikation kann hingegen nicht die Rede sein. Die Rezeption von klassischen massenmedialen Inhalten kann als „Einwegkommunikation“ bezeichnet werden; faktisch verläuft jegliche Übertragung durch technische Verbreitungsmittel wie das Fernsehen indirekt und einseitig an ein disparates und disperses Publikum, von dem in der Regel kein Feedback zurückkommt. Massenkommunikation im klassischen Verständnis fungiert als Distributionsprozess von einem Anbieter zu einer unbestimmten Anzahl von Rezipienten.

Die Partizipationsoption des Publikums beschränkt sich – sieht man etwa von Leserbriefen und Anrufen in Fernsehsendungen (z. B. bei Voting) einmal ab – zunächst darauf, sich für oder gegen verschiedene Programmangebote und -formen zu entscheiden. Die rezipierende Medienöffentlichkeit besitzt also im Gegensatz zur idealtypischen Präsenz- oder Versammlungsöffentlichkeit eine stark eingeschränkte Möglichkeit zur unmittelbaren Interaktion. Das politische Handeln der Öffentlichkeit reduziert sich bei der Rezeption politischer Programme primär auf eine kognitive Beteiligung. Trotz der skizzierten strukturellen Einschränkungen können Medien dennoch einen entscheidenden Beitrag zur politischen Meinungs- und Willensbildung leisten.

Massenmedien erfüllen zwei zentrale Funktionen für die Öffentlichkeit, indem sie einerseits die massenweite Verbreitung von Informationen bewerkstelligen und andererseits als Repräsentation von Öffentlichkeit fungieren. Die über die Massenmedien informierte Öffentlichkeit handelt zunächst nicht, sondern erlebt die Eindrücke, die medial vermittelt werden (vgl. Bonacker 2002).

Oftmals gelangen Themen erst durch die massenmediale Behandlung auf die öffentliche Agenda und sind somit dem möglicherweise rasonierenden Zugriff der Bürger zugänglich (vgl. Habermas 1992: 461). Massenmedien tragen darüber hinaus auch zur Verstärkung öffentlicher Auseinandersetzung bei, indem sie in ihrer Gesamtheit „eine besondere politische Institution mit eigenen internen Entscheidungsstrukturen“ bilden (Dietz 1995: 128). Aus dieser organisatorischen Verfasstheit können Massenmedien an bestimmten Stellen im öffentlichen Diskurs, an denen andere Öffentlichkeitsstrukturen und Akteure aufgrund mangelnder Beteiligung fehlen, eine Stellung als Repräsentant der politisch passiven Staatsbürger einnehmen.

Massenmedien bilden demzufolge den größtmöglichen Öffentlichkeitszusammenhang, der in ausdifferenzierten Gesellschaften denkbar ist. Diese Erhöhung der Reichweite ist nur um den Preis einer erheblichen Abstraktion denkbar, die mit einer Ausdifferenzierung verschiedener Rollen von Öffentlichkeits-Akteuren einhergeht. Die wechselseitige Eingebundenheit, die Habermas für die episodische Öffentlichkeit beschreibt und die in ihrer umgangssprachlichen Verankerung ein wesentliches Kriterium für die prinzipielle Zugänglichkeit von Öffentlichkeit ist, wird abgelöst durch eine Unterscheidung zwischen Arenen-

Akteuren und Galerie-Publikum. Insgesamt unterscheidet Habermas (1990) drei verschiedene Gruppen von Akteuren, deren kommunikativer Erfolg jeweils von der Zustimmung der „Galerie“ abhängig ist:

- Akteure, die durch ihre Herkunft aus bestimmten Funktionsbereichen wie Parteien, Verbänden oder anderen etablierten Interessenvertretungen identifiziert werden können,
- Akteure, die aus der Zivilgesellschaft hervorgehen und sich Identifikationsmerkmale erst schaffen müssen (wie zum Beispiel soziale Bewegungen), und
- Publizisten, die orientiert an wahrgenommenen Rezeptionsbedingungen Informationen sammeln, selektieren und veröffentlichen.

Die Herstellung von Öffentlichkeit wird als „konstitutive Aufgabe“ des Journalismus interpretiert, der durch produktive Aktivität die Isoliertheit und Geschlossenheit moderner Gesellschaften zu überwinden sucht (vgl. Pöttker 1998: 237). Journalistisches Handeln in den Massenmedien produziert eine Vielfalt an Themen und Meinungen und dient demzufolge dem Demokratieprinzip.

Weßler (1999: 44) entwickelt in Abgrenzung zu liberalen und diskursiven Modellen von Öffentlichkeit ein Modell einer Medienöffentlichkeit, das zwischen unterschiedlichen Ebenen differenziert:

In struktureller Hinsicht konzipiert er Medienöffentlichkeit als „gegliedertes, offenes Feld“: Medienöffentlichkeit zeichnet sich durch eine weitgehende Trennung zwischen Sprecher- und Publikumsrolle aus. Darüber hinaus ist in Gestalt der Massenmedien eine Vermittlungsinstanz etabliert worden, die die Zugänglichkeit einschränkt.

In funktionaler Hinsicht ist Medienöffentlichkeit zu verstehen als ein „Resonanzkörper für alle Aspekte persuasiver Kommunikation“. Dabei sind zunächst rationale und emotionale, normative und empirische Aspekte öffentlicher Kommunikation in den Blick zu nehmen.

In prozessualer Hinsicht ist Medienöffentlichkeit gekennzeichnet durch eine Abfolge von episodischen Kommunikationszusammenhängen, in denen Ereignisse und Ruhephasen einander abwechseln. Diese Mediendiskurse weisen einerseits ein gewisses Maß an Regelmäßigkeit auf, ohne aber einer immanenten Tendenz zu mehr Reflexivität oder gar Konsens zu folgen.

Die strukturelle Bestimmung Weßlers lehnt sich eng an formale Zugangskriterien für Öffentlichkeit an, doch in Teilen setzt er sich deutlich vom deliberativen Modell bei Habermas ab. Während Habermas mit den Rationalitätsunterstellungen der Öffentlichkeitsakteure weitreichende normative Maßstäbe aufrecht erhält, legt Weßler u. a. Aspekte der Emotionalisierung und Überredung anstelle der Verständigungsorientierung zugrunde, um das Konzept empirisch operationalisieren zu können. Damit reagiert er auf die Beobachtung, dass mediale Kommunikation keinesfalls allein der kommunikativen Rationalität des Diskurses nach Habermas verpflichtet ist. Das Ziel ist die Entwicklung operationalisierbarer Praxisnormen (vgl. Brosda/Schicha 2000), die einerseits über das liberale Öffentlichkeitsmodell hinausgehen, andererseits aber „realistischer“ sind als die regulativen Ideen des diskursiven Modells, das sich zur konkreten Bestimmung von Mängeln in der medialen Kommunikation Weßlers Ansicht nach aufgrund seiner hohen normativen Standards kaum

eignet. Weßler (1999: 237ff.) gelangt in seiner Konkretisierung zu normativen Anforderungen an Massenmedien, die er drei unterschiedlichen Leistungen der Öffentlichkeit zuordnet:

Auf der Input-Seite bedeutet die Forderung nach größtmöglicher Offenheit medienöffentlicher Diskurse, dass ressourcenschwache Akteure nicht übergangen werden dürfen.

Auf der Throughput-Seite muss Öffentlichkeit vor allem gesellschaftliche Lernfähigkeit erhalten, indem sie einen episodischen Deutungswandel ermöglicht, einen problembezogenen Deutungshintergrund bereitstellt, Abwägung und Vermittlung zwischen verschiedenen Deutungen und Positionen ermöglicht und lagerübergreifende Vermittlungsversuche nicht der vereinfachenden Konstruktionslogik der Medien zum Opfer fallen lässt.

Auf der Output-Seite ist die Forderung nach Kontinuität zentral. Das bedeutet, dass öffentliche Mehrheitsmeinungen bestreitbar bleiben und Verständigungsprozesse ergebnisoffen angelegt sind.

Die Medienöffentlichkeit fungiert Weßler zufolge letztlich als Resonanzkörper für Aspekte persuasiver Kommunikation. Gleichwohl existieren davon unabhängige Postulate an die massenmediale Form der Politikvermittlung, die Qualitätsmaßstäbe für die Bewertung konkreter Medieninhalte liefern.

7. Fazit

Journalismus recherchiert, selektiert und präsentiert Themen, die neu, faktisch und relevant sind. Er stellt Öffentlichkeit her, indem er die Gesellschaft beobachtet, diese Beobachtung über periodische Medien einem Massenpublikum zur Verfügung stellt und dadurch eine gemeinsame Wirklichkeit konstruiert. Diese konstruierte Wirklichkeit bietet Orientierung in einer komplexen Welt. (Meier 2007: 13)

Öffentlichkeit stellt sich nicht nur als ein beschreibbares empirisches Phänomen dar, sondern fungiert auch als Postulat, einen anzustrebenden Zustand mit Hilfe der öffentlichen Willens- und Meinungsbildung ggf. auch über die Medien herzustellen. Auch die Politik benötigt die öffentliche Darstellung, Begründung und Rechtfertigung und erhält ihre Legitimation durch Kommunikation. Öffentlichkeit ist einerseits ein zentraler Gegenstand normativer Erwartungen an gesellschaftliche Gruppen und Institutionen, die sich auf das Funktionieren demokratischer Prozesse beziehen. Öffentlichkeit avanciert andererseits zu einem Formprinzip, das hohe Erwartungen an die Kommunikationsverhältnisse richtet. Bei den Beteiligungsmöglichkeiten werden die Wahl- und Meinungsfreiheit vorausgesetzt. Sie erzeugen den politischen Freiraum, der sich als Öffentlichkeit organisieren kann. Dabei ist Öffentlichkeit an die Medialität der Informations-, Kommunikations- und Selbstdarstellungsmöglichkeiten von Individuen und Gruppen gebunden.

Das Phänomen Öffentlichkeit lässt sich nur schwer in seiner Reichweite und seinem konkreten Bedeutungszusammenhang eingrenzen oder gar operationalisieren. Zu vielschichtig und heterogen sind die unterschiedlichen Bedeutungszusammenhänge, in denen mit dem Begriff der Öffentlichkeit gearbeitet wird. Dies gilt auch für die öffentliche Meinung. Gleichwohl können normative Öffentlichkeitsmodelle als Leitbild eine Heuristik für die empirische Analyse öffentlicher Kommunikationszusammenhänge abgeben. Es ist von zentraler Bedeutung, die Kontexte konkreter Ereignisse und Prozesse vor allem aus journalistischer und politischer Perspektive mit den jeweiligen Aufmerksamkeitsstrategien sowie strukturellen und kommerziellen Zwängen mit in die Betrachtung einzubeziehen.

Beim Blick auf den normativen Gehalt des Öffentlichkeitsbegriffs, der u. a. die Kriterien „allgemeine Zugänglichkeit der Debatte“, „Rationalität der Argumente“ sowie „Authentizität der Darstellung“ postuliert, lässt sich konstatieren, dass Politikvermittlung über die Massenmedien zwar das liberale Zugänglichkeitskriterium erfüllt, der Grad der Rationalität der Mediendiskurse jedoch höchst unterschiedlich in Erscheinung tritt und Authentizität in der Vorstellung eines realen Ausdrucks der faktischen Befindlichkeit zu einer Überforderung in der Praxis führen würde. Grundsätzlich kann auch die normative Diskurstheorie einen unterstützenden Maßstab für die Medienanalyse liefern, um festzustellen, inwieweit mediale Berichterstattung Diskursivität im definierten Sinne enthält oder zulässt. Sie markiert einen kommunikativen Idealzustand, an dem die Praxis der theatralischen Diskurse im Hinblick auf ihren jeweiligen argumentativen Gehalt gemessen werden kann.

In modernen Gesellschaften stellt die Form der massenmedial gestützten Form von Öffentlichkeit – und damit auch die Vermittlergruppe der Journalisten und Publizisten – die zentrale Form der öffentlichen Kommunikationssphäre dar. Erfahrungen, Erkenntnisse und Interessen werden durch die Veröffentlichung bekannt. Derartige Wissensbestände können durch primäre Erfahrungen z. T. nicht gesammelt werden. Zudem setzt die Veröffentlichung Erkenntnisse in Beziehung und trägt zur Reduktion von Komplexität bei.

Den Massenmedien kommt eine besondere Rolle bei der Herstellung von Öffentlichkeit zu, da sie für die Aufnahme substanzieller Beiträge von gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozessen offen sind und über das technische Potenzial verfügen, Individuen und Gruppen zu einem Publikum zu versammeln. Die Herstellung von Öffentlichkeit über die zwischengeschalteten Medien richtet sich nicht mehr an eine Gemeinschaft kollektiver Akteure, sondern an ein disperses Publikum, das sich unabhängig von der Ortsgebundenheit der Zuschauer konstituiert. Der Versuch, eine Brücke zwischen theoretischen Konzeptionen von Öffentlichkeit einerseits und der Analyse von Medienbedingungen andererseits zu schlagen, ist problematisch, weil die strukturellen Rahmenbedingungen, unter denen die Medienberichterstattung vonstatten geht, in der bisherigen Forschung zum Themenkomplex Öffentlichkeit kaum behandelt worden sind.

In der Tat sind die Partizipationsmöglichkeiten des Publikums im Rahmen der Medienöffentlichkeit begrenzt. Sie stellt – schon aufgrund der Vielzahl der unterschiedlichen Massenmedien – eine hochgradig fragmentierte Teilöffentlichkeit mit unterschiedlichen Kommunikationsforen dar, die unterschiedlich genutzt werden. Insgesamt kann es also *die* Medienöffentlichkeit ebenso wenig geben wie *die* Öffentlichkeit oder *die* öffentliche Meinung. Da Politik als Gesamtphänomen für die breite Öffentlichkeit nicht unmittelbar erfahrbar ist und die Medienberichterstattung – unter anderem durch die Fokussierung auf Nachrichtenfaktoren – der vollen Komplexität politischer Entscheidungsverfahren nicht adäquat gerecht wird, konstruiert Journalismus ein simplifiziertes Bild von Politik, das durch wiederkehrende Darstellungen mit symbolhaften und rituellen Merkmalen geprägt sein kann. Es lässt sich konstatieren, dass die öffentliche Darstellung von Politik nicht deren realen Prozessen entspricht oder zumindest davon abweichen kann. Das Verhältnis zwischen normativen Ansprüchen zur Herstellung einer Öffentlichkeit, die über politische Entwicklungen informiert werden soll, und den faktischen medialen Ausprägungen politischer Berichterstattung lässt sich demzufolge als Spannungsverhältnis begreifen. Grundsätzlich existiert eine erhebliche Diskrepanz zwischen den anspruchsvollen normativen Öffentlichkeitspostulaten auf der Idealebene und der konkreten Praxis, in der sich die Medienöffentlichkeit herausbildet. Es lässt sich konstatieren, dass die Medienöffentlichkeit in

den vorwiegend visuell geprägten Massenmedien nicht die anspruchsvollen Rationalitätspostulate einer Öffentlichkeit erfüllen kann, die als rationale Idee entwickelt wurde. Innerhalb der Medienöffentlichkeit bedienen sich die an der Politikvermittlung beteiligten Protagonisten (Journalisten und Politiker) spezifischer Darstellungsregeln des Theatralischen, die den hohen normativen Ansprüchen widersprechen können. Sofern eine Anpassung an die skizzierten Erfordernisse der Medienöffentlichkeit erfolgt, kann es zu einer Zunahme von Politiksurrogaten etwa in Form einer Dramatisierung symbolischer Politik kommen. Dadurch kann eine Kluft zwischen der öffentlich sichtbaren Inszenierung und den konkreten Inhalten und Sachfragen entstehen.

Es ist unangemessen, in Bezug auf die politische Medienberichterstattung a priori und pauschal einer kulturpessimistischen These über das Ende rationaler, sachlicher, informativer Politikvermittlungsprozesse in den Massenmedien zuzustimmen. Medien haben weiterhin das Potenzial einer rationalen Berichterstattung und sie können es, wie das Beispiel der Qualitätspresse zeigt, auch weitreichend ausschöpfen. Ebenso sind Fernsehsendungen durchaus in der Lage, eine differenziertere Hintergrundberichterstattung über politische Prozesse zu ermöglichen, wie Beispiele aus dem öffentlich-rechtlichen Nachrichtenspektrum trotz aller strukturellen Zwänge nahelegen.

Unter dem Druck medialer Selektions- und Präsentationslogiken ist auch die ästhetische Überformung der Politikdarstellung unter der Prämisse einer bestimmten Wirkungsabsicht mit expressiven und symbolischen Inszenierungsstrategien generell bedeutsamer geworden. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass Politik unbeirrt ihrer Aufgabe der Erzeugung verbindlicher gesamtgesellschaftlicher Entscheidungen folgt, während die Medien die politischen Prozesse aus reservierter Distanz heraus nur beobachten, wiedergeben und (bisweilen kritisch) kommentieren. Insgesamt haben sich die Gewichte zwischen den beiden Bereichen dadurch verschoben, dass die Massenmedien in modernen Gesellschaften den primären Zugang zur Öffentlichkeit darstellen. Politik muss daher – in verschiedenen Formen und Abstufungen – auf die Logik des Mediensystems reagieren. Strukturen (polity), Prozesse (politics) und Inhalte (policy) können etwa aufgrund der Tendenz zur Personalisierung in den Hintergrund treten, da die politischen Protagonisten in den Vordergrund rücken und somit nur eine Oberflächenansicht von Politik liefern (vgl. Puppis 2007).

Um eine Bewertung der Qualität politischer Mediendiskurse vornehmen zu können, sollten auch in weiteren Studien zentrale Kategorien des Politischen mit in die Analyse einbezogen werden. Sie können dazu beitragen, komplexe politische Zusammenhänge zu erschließen. Sofern diese Kategorien in einem ausreichenden Maße im Rahmen der Berichterstattung berücksichtigt werden, ist davon auszugehen, dass die wichtigsten Voraussetzungen erfüllt werden, um die Öffentlichkeit den normativen Ansprüchen zufolge angemessen zu informieren. Die Herstellung von Öffentlichkeit ist dabei zunächst die zentrale Aufgabe eines unabhängigen Journalismus, der in der Demokratie die Möglichkeit besitzen sollte, seiner Kontroll- und Kritikfunktion gerecht werden zu können. Die Aufgabe der Politik wiederum besteht darin, den Journalisten entsprechende Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Dass sich diese Postulate aufgrund von strukturellen Zwängen u. a. durch kommerzielle Interessen sowie durch Konkurrenz in den Medienbetrieben in der Praxis oftmals nicht umsetzen lassen, sollte nicht davon abhalten, das Ziel einer möglichst breiten Aufklärungsfunktion des Journalismus im Blick zu behalten. Unter diesen Voraussetzungen kann dann zumindest die „seriöse Presse als Rückgrat der politischen Öffentlichkeit“ (Habermas 2008: 131) ihrer Aufgabe in der Mediendemokratie nachkommen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1972): Meinungsforschung und Öffentlichkeit. In: ders.: Soziologische Schriften II. Frankfurt am Main, S. 532-537.
- Alemann, Ulrich von/Marschall, Stefan (2002): Parteien in der Mediendemokratie – Medien in der Parteiendemokratie. In: dies. (Hrsg.): Parteien in der Mediendemokratie. Wiesbaden, S. 15-41.
- Allport, Floyd H. (1937): Toward a Science of Public Opinion. In: *Public Opinion Quarterly*, 1. Jg., S. 7-23.
- Beierwaltes, Andreas (2000): Demokratie und Medien. Der Begriff der Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die Demokratie in Europa. Baden-Baden.
- Böhm, Andreas/Seidler, Andreas (2008): Mediengeschichte. Tübingen.
- Bonacker, Thorsten (2002): Wie kann das Publikum wollen? Integration und Inklusion durch Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften. In: Neumann-Braun, Klaus (Hrsg.): Medienkultur und Kulturkritik. Wiesbaden, S. 44-68.
- Brosda, Carsten (2008): Öffentlichkeit. In: Hachmeister, Lutz (Hrsg.): Grundlagen der Medienpolitik. München, S. 293-296.
- Brosda, Carsten/Schicha, Christian (2000): Medienethik im Spannungsfeld zwischen Ideal- und Praxisnormen – Eine Einführung. In: dies. (Hrsg.): Medienethik zwischen Theorie und Praxis. Normen für die Kommunikationsgesellschaft. Münster, S. 7-32.
- Derieth, Anke (1995): Unternehmenskommunikation. Eine theoretische und empirische Analyse zur Kommunikationsqualität von Wirtschaftsorganisationen. Opladen.
- Dietz, Simone (1995): Die Legitimationsmacht der Öffentlichkeit: Die öffentliche Meinung der Mediendemokratie. In: Göhler, Gerhard (Hrsg.): Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht. Baden-Baden, S. 115-132.
- Dombrowski, Ines (1997): Politisches Marketing in den Massenmedien. Wiesbaden.
- Esser, Frank (2004): Metaberichterstattung. Begründung eines Konzepts der Medienseלבstthematisierung und Publicity-Thematisierung in internationalen Wahlkämpfen. In: Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried (Hrsg.): Mediengesellschaft. Strukturen, Merkmale, Entwicklungsdynamiken. Wiesbaden, S. 314-346.
- Franz, Barbara (2000): Rhetorik und massenkommunikative Meinungsbildung. In: Brosius, Hans-Bernd (Hrsg.): Kommunikation über Grenzen und Kulturen. Konstanz, S. 43-58.
- Gallus, Alexander/Lühe, Marion (1998): Öffentliche Meinung und Demoskopie. Opladen.
- Gerhards, Jürgen (1993): Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung. Eine Fallstudie. Opladen.
- Gerhards, Jürgen (1998): Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedingungen. In: Jarren, Otfried/Krotz, Friedrich (Hrsg.): Öffentlichkeit unter Vielkanal-Bedingungen. Baden-Baden, S. 25-48.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. Discussion Paper WZB. Berlin.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm (1991): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. In: Müller-Doohm, Stefan/Neumann-Braun, Klaus (Hrsg.): Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation. Oldenburg, S. 31-90.
- Groth, Otto (1960): Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der Zeitungswissenschaft (Periodik). Bd. 1. Berlin.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie bürgerlicher Gesellschaft. 2. Aufl. Frankfurt am Main.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main.
- Habermas, Jürgen (2008): Ach, Europa. Frankfurt am Main.
- Hartmann, Frank (2008): Medien und Kommunikation. Wien.
- Heming, Ralf (1997): Öffentlichkeit, Diskurs und Gesellschaft. Zum analytischen Potential und zur Kritik des Begriffs Öffentlichkeit bei Habermas. Wiesbaden.
- Herbst, Susan (1993): The meanings of public opinion. Citizens' constructions of political reality. In: *Media, Culture & Society*, 15. Jg., S. 437-454.
- Hickethier, Knut (2003): Einführung in die Medienwissenschaft. Stuttgart, Weimar.
- Hoffmann, Jochen/Sarcinelli, Ulrich (1999): Politische Wirkungen der Medien. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 720-748.
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2002): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Bd. 1: Verständnis, Rahmen und Strukturen. Wiesbaden.

- Jarren, Otfried/Donges, Patrick/Wefler, Hartmut (1996): Medien und politischer Prozeß. Eine Einleitung. In: Jarren, Otfried/Schatz, Heribert/Wefler, Hartmut (Hrsg.): Medien und politische Praxis. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel. Opladen, S. 9-37.
- Jarren, Otfried/Imhof, Kurt/Blum, Roger (2000): Einleitung: „Zerfall der Öffentlichkeit“. In: dies. (Hrsg.): Zerfall der Öffentlichkeit? Wiesbaden, S. 9-15.
- Kamber, Esther/Schranz, Mario (2002): Von der Herstellung zur Darstellung demokratischer Öffentlichkeit? Die Politikvermittlung der Massenmedien unter den Bedingungen eines ausdifferenzierten Mediensystems. In: Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (Hrsg.): Integration und Medien. Wiesbaden, S. 347-363.
- Kant, Immanuel (1968): Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: ders.: Werke in 10 Bänden, Bd. 9. Hrsg. v. Wilhelm Weischedel. Darmstadt.
- Kepler, Angela (2002): Begrenzung und Entgrenzung. Zur Dialektik medialer Kommunikation. In: Fohrmann, Jürgen/Orzessek, Arno (Hrsg.): Zerstreute Öffentlichkeiten. Zur Programmierung des Gemeinsinns. München, S. 53-64.
- Kleinstauber, Hans J. (2000): Öffentlichkeit und öffentlicher Raum. In: Faulstich, Werner/Hickethier, Knut (Hrsg.): Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung. Bardowick, S. 34-47.
- Kleinstauber, Hans J. (2004): Strukturwandel der europäischen Öffentlichkeit? Der Öffentlichkeitsbegriff von Jürgen Habermas und die European Public Sphere. In: Hagen, Lutz (Hrsg.): Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Köln, S. 29-46.
- Krotz, Friedrich (2002): Unterhaltung, die der Unterhaltung dient? Talkshow zwischen Trash und Geschäft, Unterhaltung und Diskussionsangebot. In: Tenscher, Jens/Schicha, Christian (Hrsg.): Talk auf allen Kanälen. Angebote, Akteure und Nutzer von Fernsehgesprächssendungen. Wiesbaden, S. 39-54.
- Lang, Sabine (2001): Politische Öffentlichkeit im modernen Staat. Eine bürgerliche Institution zwischen Demokratisierung und Disziplinierung. Baden-Baden.
- Lenz, Friedrich (1955): Werden und Wesen der öffentlichen Meinung. München.
- Marschall, Stefan (1998): Netzöffentlichkeit – eine demokratische Alternative? In: Gellner, Winand/Korff, Fritz von (Hrsg.): Demokratie und Internet. Baden-Baden, S. 43-54.
- Mazzoleni, Gianpietro (1998): Medienpolitik oder Politik mittels Medien? Die Unzugänglichkeit des Begriffs ‚Mediokratie‘. In: Holtz-Bacha, Christina et al. (Hrsg.): Wie die Medien die Welt erschaffen und wie die Menschen darin leben. Opladen, Wiesbaden, S. 103-124.
- Meier, Klaus (2007): Journalistik. Konstanz.
- Merten, Klaus (1999): Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Bd. 1/1: Grundlagen der Kommunikationswissenschaft. Münster.
- Meyer, Thomas (1998): Öffentlichkeit als Theater? Zum Wandel des politischen Diskurses in der Mediengesellschaft. In: Göttlich, Udo/Nieland, Jörg-Uwe/Schatz, Heribert (Hrsg.): Kommunikation im Wandel. Zur Theatralität der Medien. Köln, S. 126-140.
- Meyer, Thomas (2001): Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch das Mediensystem. Frankfurt am Main.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen, S. 7-41.
- Oberreuter, Heinrich (1997): Medien und Demokratie. Ein Problemaufriß. In: Rohe, Karl (Hrsg.): Politik und Demokratie in der Mediengesellschaft. Baden-Baden, S. 11-24.
- Peters, Bernhard (1994): Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen, S. 42-76.
- Peters, Bernhard (2007): Der Sinn von Öffentlichkeit. Frankfurt am Main.
- Pfetsch, Barbara (1997): Zur Beobachtung und Beeinflussung öffentlicher Meinung in der Mediendemokratie. Bausteine einer politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung. In: Rohe, Karl (Hrsg.): Politik und Demokratie in der Mediengesellschaft. Baden-Baden, S. 45-54.
- Pöttker, Horst (1998): Öffentlichkeit durch Journalismus. Zum Programm der Journalistik. In: Publizistik, 43. Jg., S. 229-249.
- Pöttker, Horst (2001): Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag – Einleitung. In: ders. (Hrsg.): Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Klassiker der Sozialwissenschaft über Journalismus und Medien. Konstanz, S. 9-34.
- Pöttker, Horst (2003): Kommunikationsstörungen? Zur Systematik der sozialen Beziehung zwischen Politikern und Journalisten. In: Sarcinelli, Ulrich/Tenscher, Jens (Hrsg.): Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Beiträge zu Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung. Baden-Baden, S. 149-168.
- Puppis, Manuel (2007): Einführung in die Medienpolitik. Konstanz.

- Raskob, Christian (1995): Grenzen und Möglichkeiten der Verständigung. Politische Kommunikation zwischen Inszenierung und Aufklärung. Frankfurt am Main.
- Roß, Dieter (1993): Die neue Unverbindlichkeit. Der Zerfall der Öffentlichkeit und die Allgegenwart der Medien. In: Kortzfleisch, Siegfried von/Cornehl, Peter (Hrsg.): Medienkult – Medienkultur. Berlin, Hamburg, S. 15-34.
- Sarcinelli, Ulrich (1987): Politikvermittlung und demokratische Kommunikationskultur. In: ders. (Hrsg.): Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik Deutschland. Opladen, S. 19-45.
- Sarcinelli, Ulrich (1994): „Fernsehdemokratie“. Symbolische Politik als konstruiertes und als destruktives Element politischer Wirklichkeitsvermittlung. In: Wunden, Wolfgang (Hrsg.): Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Hamburg, Stuttgart, S. 31-42.
- Sarcinelli, Ulrich (2000): Politikvermittlung und Wahlen – Sonderfall oder Normalität des politischen Prozesses? In: Bohrmann, Hans/Jarren, Otfried/Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef (Hrsg.): Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien. Wiesbaden, S. 31-48.
- Sarcinelli, Ulrich (2003): Parteien in der Kommunikationsfalle? Zwischen politischem Traditionsverein und Event-Agentur. In: Sarcinelli, Ulrich/Tenscher, Jens (Hrsg.): Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Beiträge zu Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung. Baden-Baden, S. 49-60.
- Sarcinelli, Ulrich (2005): Politische Kommunikation in Deutschland. Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden.
- Schelsky, Helmut (2002): Illusion der öffentlichen Meinung. Gedanken zur Rolle der Publizistik in der modernen Gesellschaft. In: Helmes, Günter/Köster, Werner (Hrsg.): Texte zur Medientheorie. Stuttgart, S. 226-228.
- Schicha, Christian (1996): Lebenszusammenhänge kinderreicher Mütter. Individualisierungsprozesse in Partnerschaftsverläufen kinderreicher Familien. Frankfurt am Main.
- Schiewe, Jürgen (2004): Öffentlichkeit. Entstehung und Wandel in Deutschland. Paderborn.
- Semrau, Eugen (1985): Entertainment für Einsiedler. Überlegungen zur Strategie politischer Fernsehwerbung. In: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Welan, Manfred (Hrsg.): Demokratierituale. Zur politischen Kultur der Informationsgesellschaft. Wien etc., S. 61-74.
- Steininger, Christian (2005): Zur Öffentlichkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. In: Ridder, Christa-Maria/Langenbacher, Wolfgang R./Saxer, Ulrich/Steininger, Christian (Hrsg.): Bausteine einer Theorie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wiesbaden, S. 223-239.
- Stöber, Rudolf (2008): Kommunikations- und Medienwissenschaften. Eine Einführung. München.
- Weßler, Hartmut (1999): Öffentlichkeit als Prozeß. Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der Deutschen Drogenberichterstattung. Opladen, Wiesbaden.
- Weßler, Hartmut (2002): Multiple Differenzierung und kommunikative Integration. Symbolische Gemeinschaften und Medien. In: Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (Hrsg.): Integration und Medien. Wiesbaden, S. 56-76.
- Westerbarkey, Joachim (1995): Journalismus und Öffentlichkeit. Aspekte publizistischer Interdependenz und Interpenetration. In: Publizistik, 40. Jg., S. 152-162.

Öffentlichkeit als Gegenstand gesellschaftswissenschaftlicher Diskussion in der DDR

Hans Poerschke

1.

Öffentlichkeit war in der DDR drei Jahrzehnte lang ein nicht und danach ein wenig untersuchter Gegenstand. Beide Auflagen des „Wörterbuchs der sozialistischen Journalistik“ (Dusiska 1973; Sektion Journalistik 1981) enthielten wohl das Stichwort „Öffentlichkeitsarbeit“, keineswegs aber „Öffentlichkeit“. Weimann bedauerte 1982, dass ihm für seinen Aufsatz zur Kunstöffentlichkeit keinerlei Vorarbeit zur Verfügung stand (vgl. Weimann 1982: 8). Und noch 1988 sah sich Brie genötigt zu fragen, ob „Öffentlichkeit“ überhaupt eine Kategorie des Marxismus sei, da Lehr- und Wörterbücher des Marxismus-Leninismus nichts dazu enthielten (vgl. Brie o. J.: 7).

Ein erster Schub der Beschäftigung mit diesem Gegenstand war Anfang der 80er Jahre zu verzeichnen, als Defizite öffentlicher Information und gar Diskussion längst zum gesellschaftlichen Problem geworden waren. Fast zeitgleich, wenn auch unabhängig voneinander, entstanden drei Arbeiten, deren Anliegen es war, die Bedeutung der Öffentlichkeit für das politische und kulturelle Leben ins Bewusstsein zu heben und ihr in der Praxis mehr Geltung zu verschaffen. 1980 wurden in die an der Leipziger Sektion Journalistik entstandene Monographie „Theoretische Grundfragen des sozialistischen Journalismus“ längere, vom Autor dieses Beitrags verantwortete Ausführungen zu Journalismus und Öffentlichkeit aufgenommen (Poerschke et al. 1980). Ein Jahr später verteidigte Günter Lippold – übrigens Absolvent der Leipziger Fakultät für Journalistik – an der Akademie für Staat und Recht Babelsberg seine Dissertation B (entsprach der Habilschrift) zum Thema Öffentlichkeit (Lippold 1981). 1982 schließlich erschien eine Arbeit des Anglisten Robert Weimann mit dem Titel „Kunst und Öffentlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft“, der ein an der Akademie der Künste der DDR gehaltener Vortrag zugrunde lag (Weimann 1982).

Ein zweiter, ungleich stärkerer Anstoß ging vom Reformprojekt der Perestrojka aus, das Michail Gorbatschow 1985 in der Sowjetunion eingeleitet hatte und zu dessen wesentlichen Merkmalen das Prinzip der Glasnost – der Öffentlichkeit – gehörte. Diese Reformbestrebungen wurden nicht zuletzt von Wissenschaftlern und Schriftstellern als für die DDR dringend nötig begierig aufgegriffen und, je weiter das um sich griff, von der Führung der SED erbittert und halbstarrig zurückgewiesen.¹ Als diese, um den Zustrom von Ideen der Perestrojka einzudämmen, in den Vertrieb sowjetischer Publikationen eingriff und dann zum Verbot der Zeitschrift „Sputnik“ griff, löste das – auch bei Studenten der Journalistik –

¹ Auf dem X. Schriftstellerkongress der DDR vom 24. bis zum 26. November 1987, auf den hier aus Raumgründen nicht eingegangen werden kann, waren die Zensurpraxis und der Umgang mit der literarischen und politischen Öffentlichkeit die wohl wichtigsten Diskussionsthemen. Näheres dazu in den zwei Protokollbänden (X. Schriftstellerkongress der DDR 1988a, 1988b).

heftige, wengleich zunächst noch folgenlose Proteste aus. Dennoch war damit – den Zeitgenossen damals noch verborgen – die Endphase der DDR eingeläutet.

In dieser Zeit arbeiteten, um überfällige Veränderungen zu fördern, an verschiedenen Stellen Wissenschaftler am Problem der Öffentlichkeit, die als eine Schlüsselfrage dieser Veränderungen begriffen wurde. In Leipzig gab es eine interdisziplinäre Forschungsgruppe „Philosophische Probleme sozialer Kommunikation“, der auch der Autor angehörte.² Von ihr beeinflusst, entstanden an der Sektion Journalistik Kapitelentwürfe für ein Lehrbuch der Theorie des Journalismus, in denen versucht wurde, auch das Thema Öffentlichkeit auf neue Weise anzugehen (Poerschke 1988a, 1988b). Der Philosoph Wolfgang Lutz legte Arbeiten zur öffentlichen Meinung und zur Rolle der Kommunikation beim Austrag von Interessenwidersprüchen vor (Lutz 1989, 1990). Starke Anregungen gingen von den Arbeitsergebnissen des Projekts „Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus“ an der Berliner Humboldt-Universität aus, die als Manuskriptdrucke kursierten.³ Zu ihnen gehörte Michael Bries Aufsatz „Sozialistische Öffentlichkeit – Entfaltungsform der Bewußtheit“, mit ziemlicher Sicherheit 1988 verfasst (Brie o. J.).

Wolfgang Lutz setzte seine Bemühungen um unser Thema auch in den letzten Monaten der DDR nach der Wende im Herbst 1989 fort, getrieben von der Hoffnung, noch zur Neugestaltung und damit Fortsetzung des Sozialismus-Experiments beitragen zu können beziehungsweise, wenn das nicht mehr möglich war, den in der Öffentlichkeit diskursiv erstrittenen Weg in eine Übergangsgesellschaft bahnen zu helfen (Lutz 1990).

All das ist heute, nach 20 Jahren, fast völlig dem Vergessen anheimgefallen. Das liegt zunächst daran, dass viele Texte seinerzeit nicht bis in eine breitere wissenschaftliche Öffentlichkeit gelangten und ihre Urheber samt ihren Gedanken dann per Abwicklung aus dieser ausgegrenzt wurden. Das liegt auch daran, dass der Blick der bisherigen Auseinandersetzung mit Öffentlichkeit in der DDR auf die Restriktionen der offiziellen Medienpolitik und ihre Folgen einerseits und auf das Entstehen oppositioneller Gegenöffentlichkeit andererseits fixiert war. So unbezweifelbar wichtig diese Forschungsfelder sind, so berechtigt ist aber auch der Anspruch, das hier zu Behandelnde als Teil der Theoriegeschichte wahrzunehmen. Für den Autor gehört das zur kritischen Bilanz seiner eigenen wissenschaftlichen Bemühungen, für die Wissenschaftlergemeinschaft ist es eine Gelegenheit, theoretische Fragestellungen aus einer anderen Himmelsrichtung zur Kenntnis zu nehmen und zu prüfen, ob sie dazu beitragen können, dem komplexen Phänomen Öffentlichkeit beizukommen. Im Folgenden wollen wir dieses Stück Theoriegeschichte, das ausführlich darzustellen der Raum nicht gestattet, daraufhin betrachten, mit welchen Intentionen und welchem Ansatz man sich dem Problem Öffentlichkeit jeweils näherte, welcher theoretische Gewinn damit erzielt wurde und wie dieser wiederum geeignet war, die verfolgten Intentionen zu realisieren. Dies wird – ebenfalls aus Platzgründen – jeweils an charakteristischen Beispielen demonstriert werden.

2 Ihr Hauptergebnis war die Einführung eines reproduktionstheoretischen Denkansatzes in die Theorie der sozialen Kommunikation, 1990 als Studienmaterial für die Sektion Journalistik Leipzig, 1992 im Argument-Verlag veröffentlicht (Lutz 1992).

3 Ein Exemplar eines Konferenzmaterials der Arbeitsgruppe unter dem gleichen Titel hat sich in der Universitätsbibliothek Leipzig erhalten.

2.

Die Arbeiten vom Anfang der 80er Jahre weisen mehrere grundlegende Gemeinsamkeiten auf. Da ist erstens ein – freilich der Lesart der Zeit entsprechendes – emanzipatorisches Anliegen. Für Poerschke sollte öffentliche Kommunikation Bedingungen dafür schaffen, dass die Arbeiterklasse und alle Werktätigen „zum Subjekt der Politik, zu Herren ihrer eigenen Geschicke, zu bewußten Schöpfern der Geschichte werden“ (Poerschke et al. 1980: 15). Weimann sah für die Gestaltung sozialistischer Öffentlichkeit ungestellte Fragen und ungelöste Aufgaben, „die wir erst allmählich und eigentlich erst aus der Perspektive der Selbstbestimmung der Menschen jenseits der Klassengesellschaft in ihrer Größe und Dringlichkeit ausmachen können.“ Man müsse, so forderte er, „davon Abstand nehmen, sozialistische Öffentlichkeit als konfliktfreien Ausdruck einer Menschengemeinschaft zu sehen“, sie nicht „voluntaristisch verstehen, das heißt in hurtiger Kampagne aus der Presse zu stampfen suchen“ (Weimann 1982: 17).

Da ist zweitens die Überzeugung, dass dieses Ziel mit der gegebenen politischen Strategie der SED, im Rahmen der aktuellen Parteibeschlüsse, insbesondere zur ideologischen Arbeit, zu erreichen sei. Dazu sollte konstruktiver Umgang mit Öffentlichkeit, und das hieß: die Überwindung von Mängeln der Informationspolitik, beitragen.

Dem entsprach, das zum Dritten, dass Vorstellungen von Öffentlichkeit auf dem Boden der herrschenden, in ihrer Prägung durch Stalin'sche Deformationen zumeist nicht durchschauten marxistisch-leninistischen Doktrin, als deren notwendige Ergänzung, entwickelt wurden.

Weimann hatte zunächst den weitesten, unkonventionellsten Begriff von Öffentlichkeit. Er sah sie als „eine Agentur der Sozialisation, ein Moment der Organisation sozialistischer Lebens- und Denkprozesse“, als „eine Verkehrsform [ein damals durchaus nicht geläufiger, freilich von ihm auch nicht erläuteter Marx'scher Begriff; H.P.] und Kultur, die von uns noch viel zu wenig studiert und gepflegt wird.“ (Weimann 1982: 16) Er befasste sich ausführlicher als die anderen mit der bürgerlichen Vorgeschichte der sozialistischen Öffentlichkeit und ihren Wurzeln in der Arbeiterbewegung, und er äußerte Anregendes zu der zu intensivierenden Wechselbeziehung zwischen der Öffentlichkeit „der Künstler und Kenner und Käufer“ und der Öffentlichkeit derer, „die auf Straßen und Plätzen von der Arbeit kommen“ (Weimann 1982: 9). Sobald es um die Erklärungs- und Funktionsweise der sozialistischen Öffentlichkeit ging, griff er aber auf das Lenin'sche Konzept der „Partei neuen Typs“ zurück, leitete daraus die Verantwortung der Künstler und ihrer Organisationen für die Bewusstseinsbildung der Massen ab. Ihm war „die Öffentlichkeit der Künstler und der Kritiker ein notwendiger Vortrupp, der dem Kunstverstand der breiten Öffentlichkeit gerade dort vorausseilt, wo er den werktätigen Leser als Partner, als Gleichgesinnten und Gleichberechtigten hochachtungsvoll begrüßt und ins öffentliche Gespräch zu ziehen sucht.“ (Weimann 1982: 14) Und in der Folge beschränkten sich seine Ratschläge für Veränderungen auf die bessere Nutzung und die Weiterentwicklung der im Sinne der Kulturpolitik der SED bewährten Formen.

Vereinendes Merkmal damaliger Arbeiten war, dass die Öffentlichkeit als Bestandteil in das einheitliche System der politischen Leitung der Gesellschaft eingeordnet und zugleich als deren Objekt betrachtet wurde. Lippold verfuhr so im Rahmen der marxistisch-leninistischen Staatstheorie. Für ihn gehörte Öffentlichkeit als eine Gesamtheit von Menschen, die aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, zum politischen System als eine

Form von sozialer Organisation mit einem bestimmten Grad von Organisiertheit, der aber geringer ist als bei „höheren Formen politischer Organisation“. Sie wird durch umfassende gesellschaftliche Kommunikation hergestellt, aufrechterhalten und entwickelt. Die festgelegten Formen sozialer Organisation sah Lippold als „Elemente und zugleich Führungskräfte bzw. Kristallisationspunkte der Öffentlichkeit“ (vgl. Lippold 1981: 17ff.). Obwohl Lippold mit seiner Arbeit eindeutig darauf zielte, die Öffentlichkeit zu stärken und ihr höhere Anerkennung zu verschaffen, obwohl er den staatlichen Organen riet, mehr auf die Öffentlichkeit zu hören, verbaute deren aus der marxistisch-leninistischen Staatstheorie erwachsende Unterordnung unter die „höher organisierten“ Teile eines monolithisch gedachten politischen Systems von vornherein die Möglichkeit, ihre selbständige Rolle gegenüber und in den „höheren Formen politischer Organisation“ zu erfassen, ihr letztlich mehr zuzubilligen als Mitwirkung bei der Ausführung gefasster Beschlüsse.

Für Poerschke war Ausgangspunkt die marxistisch-leninistische Parteitheorie. Der Journalismus, seinem Wesen nach Instrument der politischen Leitung der Gesellschaft durch die Partei, habe dazu beizutragen, unter deren Führung breiteste Massen, letztlich das ganze Volk, zusammenzuschließen. Das bedeute Herstellung geistiger Beziehungen innerhalb der Vorhut, zwischen Partei und Massen sowie innerhalb Letzterer. Nur über den Journalismus könne unverzüglich und gleichzeitig eine unmittelbare Verbindung zu allen Teilnehmern der Bewegung hergestellt werden, „die ihnen dieses Ganze und die Stellung in ihm nicht nur theoretisch begreifbar, sondern konkret einsehbar, anschaulich erfahrbar, erlebbar macht.“ (Poerschke et al. 1980: 36) Die Unmittelbarkeit dieser Verbindung nun sei an eine „Eigenart ihrer Form gebunden: an ihre *Öffentlichkeit* im Rahmen der Gesamtgesellschaft“ (Poerschke et al. 1980: 38), hier als Publizität, als Zugänglichkeit der verbreiteten Information für jedermann begriffen, an anderer Stelle auch als ein kollektives Subjekt, an das man sich wenden, das eine Meinung haben, bei dem man jemandem Gehör verschaffen kann (vgl. Poerschke et al. 1980: 40).

Poerschke umriss die Verantwortung des Journalismus für die Gewährleistung des demokratischen Charakters dieser geistigen Beziehungen: Sie seien „als intensive, schöpferische Wechselwirkung zwischen Führern, Partei, Klasse und Massen, in der alle Beteiligten als Gebende und Nehmende auftreten, also als Massenkommunikation im wahrsten und besten Sinne des Wortes“ zu gestalten. Als Bedingung für die aktive Teilnahme der Massen an der Ausarbeitung und Leitung der Politik sei zu sichern, „daß sie mit der Politik der Partei und des Staates vertraut sind, Aufgaben, Maßstäbe und Probleme der Gesamtbewegung kennen und von diesem Standpunkt aus über alles urteilen können.“ (Poerschke et al. 1980: 39f.)

Mit diesen Anforderungen wurde vom Journalismus der DDR mehr verlangt, als er tatsächlich leistete. Sie waren faktisch eine Kritik an der Medienpolitik der SED und an der journalistischen Praxis und waren auch so gemeint. Das Problem war nur, dass diese Kritik nicht ausgesprochen wurde, dass sie nur wahrnahm, wer sie erkennen konnte und wollte. Das lag unter anderem daran, dass hier wie an anderen Stellen verborgen blieb, ob es sich um deskriptive oder normative Aussagen handelte. So hätten also Kritisierte sich immer darauf berufen können, dass genau ihre Praxis beschrieben werde. Ganz zu schweigen von der Naivität der Annahme, dass in den oberen Etagen der Partei und des Journalismus überhaupt jemand bereit gewesen wäre, solche Kritik zur Kenntnis zu nehmen und gar sich ernsthaft mit ihr auseinanderzusetzen.

Einen entscheidenden Grund für medienpolitische Defizite sah Poerschke in unzureichender Umsetzung der marxistisch-leninistischen Theorie, insbesondere in mangelhafter Aneignung des Lenin'schen Erbes. Dreh- und Angelpunkt war für ihn Lenins – von Kautsky übernommene und im Stalin'schen Leninismus verabsolutierte – These, dass das sozialistische Bewusstsein von der Vorhut in die Massen getragen werden müsse, die es aus ihren alltäglichen Lebensbedingungen heraus nicht spontan ausbilden können (vgl. Lenin 1959: 394ff.). Es ging Poerschke darum, gegen verbreitetes triviales Verständnis dieser These eine Qualität des Hineintragens von Bewusstheit und Organisiertheit zu bestimmen, mit der das oben angeführte emanzipatorische Ziel erreichbar schien. Leitgedanke war dabei die Auffassung, dass die Bewusstseinsbildung nicht als einseitiger Prozess der Indoktrination, sondern nur in lebendiger geistiger Wechselbeziehung verlaufen könne und dass sie sich nicht nur über Aufklärung, sondern im Zusammenhang mit der Leitung der praktischen Aktion vollziehe.

Hilfe für die Umsetzung dieses Gedankens fand sich bei Leipziger Erkenntnistheoretikern, die damals eine Erkenntnisstruktur herausgearbeitet hatten, die sie als Voraussetzung für jegliches sachkundiges, bewusstes Handeln betrachteten. Zu dieser Struktur gehören Erkenntnisse über die gesellschaftliche und geschichtliche Situation des handelnden Subjekts, über die Gegenstände menschlicher Tätigkeit, die mit ihren Gesetzen die Tätigkeit bestimmen, über die materiellen und ideellen Mittel der Tätigkeit, schließlich über die materiellen und ideellen Bedingungen, unter denen sie ausgeübt wird (vgl. Wittich/Gößler/Wagner 1978: 330ff.). Der Journalismus habe die betreffenden Erkenntnisse „auf einem Niveau zu vermitteln, das die politische Linie als ganze, als Verhaltenslinie der Klasse, mit ihren konkreten gesamtgesellschaftlichen Voraussetzungen, Zusammenhängen und Folgen, als Bestandteil einer zum Kommunismus führenden Strategie erkennen läßt.“ (Poerschke et al. 1980: 57)

Auf diese Weise versuchte Poerschke theoretische Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Öffentlichkeit besser informiert, mit einem höheren Grad von Bewusstheit und mit größerem Gewicht im politischen Leben wirksam werden konnte. Auch dieser Anstoß wurde damals von kaum jemandem wahrgenommen. Dass er nicht wirksam werden konnte, lag vor allem daran, dass Poerschke im gleichen Atemzuge die Rolle der Öffentlichkeit in dem engen von der Partei abgesteckten Rahmen beließ, und zwar unter Berufung auf Lenins Sentenz, die Parteizeitung habe „jeden ‚Teilarbeiter‘ der revolutionären Sache mit dem Bewußtsein [zu] erfüllen, daß er ‚in Reih und Glied‘ marschiert, daß seine Arbeit für die Partei unmittelbar notwendig ist“ (Lenin 1960: 218). Poerschke schloss daraus, die journalistische Erkenntnisvermittlung habe „die sachkundige, politisch bewußte Erfüllung einer bestimmten Teilaufgabe bei der Verwirklichung der politischen Linie zu ermöglichen.“ (Poerschke et al. 1980: 57) Und er erklärte es für den „Normalfall des politischen Lebens [...], daß die Führungsorgane der Partei oder des sozialistischen Staates die politische Linie für die Lösung irgendeines gesellschaftlichen Problems ausgearbeitet haben und daß nun der Journalismus eingesetzt wird [...], um die politische Linie in die Massen zu tragen, die Werktätigen für ihre Verwirklichung zu gewinnen und zu mobilisieren.“ (Poerschke et al. 1980: 53) Freilich billigte er dem Journalismus auch zu, dass er „Potenzen für die Ausarbeitung und Weiterentwicklung der politischen Linie der Partei besitzt“ (Poerschke et al. 1980: 53), das blieb aber bloße Deklaration. Eine beabsichtigte ausführlichere Behandlung war in einer Publikation der Sektion Journalistik unter den damaligen Umständen nicht realisierbar.

Das gleiche gilt für die wenigen Ausführungen zur Bedeutung der Öffentlichkeit für die sozialistische Demokratie. Sie blieben im Allgemeinen stecken und enthielten nicht die geringste Aussage in Richtung konkreter Rechte und Pflichten, mit denen eine Einflussnahme der Öffentlichkeit auf die Ausarbeitung von Zielen und Methoden der Politik, eine entscheidungswirksame öffentliche Diskussion über Kriterien und Alternativen politischen Handelns, eine tatsächliche Kontrolle gesellschaftlicher Institutionen erst hätte Wirklichkeit werden können.

Es blieb bei dem, was im Rahmen der herrschenden politischen Strategie und auf dem Boden der marxistisch-leninistischen Doktrin nur möglich war: dem Modell einer paternalistischen, dem Ermessen einer allmächtigen Parteiführung ausgesetzten Öffentlichkeit, weit davon entfernt, emanzipatorische Intentionen einlösen zu können.

3.

In der zweiten Periode intensiverer Arbeit am Thema „Öffentlichkeit“ hatten sich die Umstände erheblich verändert. Der wachsende Produktivitätsrückstand und die zunehmende ökonomische, politische und geistige Stagnation wiesen immer deutlicher auf eine heranreifende Krise des gesellschaftlichen Systems der DDR hin. Deshalb gingen die theoretischen Bemühungen nunmehr ebenfalls von veränderten Prämissen aus.

Der emanzipatorische Anspruch, klassisch verkörpert in der Vision einer „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Marx/Engels 1959: 482), wurde aus einer ernst gemeinten, aber abstrakten Leitidee zur konkreten, unmittelbar praktischen Forderung. Brie leitete aus drängenden globalen Problemen wie der Bedrohung des Weltfriedens und des ökologischen Gleichgewichts, aus der Defensivposition des Realsozialismus in der weltweiten wissenschaftlich-technischen Revolution und seiner Unfähigkeit, sich aus dieser Lage zu befreien, die Konsequenz ab, dass der Sozialismus nur entwicklungsfähig sein kann, wenn er Verhältnisse schafft, in denen jeder, Individuen, Kollektive wie Gesamtgesellschaft, sich nur entwickeln kann, indem er zugleich die Bedingungen für die Entwicklung der anderen Subjekte hervorbringt (vgl. Brie o. J.: 11). Nur unter solchen Verhältnissen können sich individuelle und kollektive Subjekte bilden, die willens und fähig sind, die herangereiften Probleme auf humane, solidarische und eine friedliche Zukunft sichernde, damit auf eine einem modernen Sozialismus gemäße Weise zu lösen.

Unübersehbar war, dass Lösungen im Rahmen der politischen Strategie der SED nicht mehr möglich waren. (Am wenigsten ist das an Texten aus der Leipziger Journalistik abzulesen, wo wegen der direkten Unterstellung unter die Abteilung Agitation des ZK der SED die Sorge vor Sanktionen und der vorauseilende Gehorsam wohl größer waren als anderswo.) Aus Analyse und Kritik der Situation wurde die Forderung nach tiefgreifenden Reformen nach aktuellem sowjetischem Vorbild abgeleitet. Brie sah in umfassender Demokratisierung das Hauptkettenglied aller anstehenden Wandlungen. Nur sie konnte bei den breiten Massen das Bewusstsein, den Willen und die Kraft wecken, sie in Angriff zu nehmen. Und als Schlüsselproblem für die Demokratisierung machte er eine lebendige Öffentlichkeit aus. Ohne sie „wird es keine Subjekte der Beherrschung moderner hochkomplexer

technischer Systeme geben“⁴, keine zukunftsfähige Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution; ohne sie „ist das Leistungsprinzip nicht durchsetzbar“; ohne sie „kann politische Stabilität nicht dauerhaft erhalten werden.“ Monopolisierung von Herrschaftswissen habe „blindes Vertrauen oder blinde Ablehnung des Staates und seiner Bestrebungen zur Folge. Die politischen Krisen des Sozialismus seit 1953 waren immer auch dem Mangel an sozialistischer Öffentlichkeit geschuldet.“ (vgl. Brie o. J.: 4ff.)

Schließlich erwies es sich als unumgänglich, die Doktrin des Marxismus-Leninismus nicht nur mit moderneren und differenzierteren Einsichten zu verbessern, sondern sie zu überwinden – einerseits durch Zurückgehen auf die originären Wurzeln Marx'schen Denkens, andererseits durch Aufwerfen von Fragestellungen, die den Problemen einer weiterentwickelten Welt angemessen waren und mit dogmatischen Vereinseitigungen und Verengungen brachen, schließlich durch Aufnahme wichtiger, lange Zeit ignoriertes und verketzertes Ergebnisse der „bürgerlichen“ Wissenschaft. Um nur als ein Beispiel Lutz zu zitieren: Für ihn war es eine elementare Voraussetzung erfolgreicher Suche nach weiterführenden Lösungen, sich den bis dahin vernachlässigten Problemen der sozialen Kommunikation zuzuwenden und die lange herrschende Auffassung vom Vorrang der gesellschaftlichen, von Partei und Staat vorgegebenen Interessen, an die jene der Individuen und Kollektive angepasst werden müssten, durch einen Neuansatz zu ersetzen, der das aktive, mit Eigenwillen ausgestattete, autonome, das heißt seine Lebensziele in kommunikativer Wechselwirkung mit anderen Subjekten selbst bestimmende Individuum zum Ausgangspunkt wählt (vgl. Lutz 1990: 6).

Die theoretische Arbeit am Öffentlichkeits-Problem unter diesen Prämissen erbrachte eine ganze Reihe neuer, den bisherigen Rahmen sprengender Resultate.

4.

Das betraf als erstes die Vorstellungen vom Wesen der Öffentlichkeit und ihrem Platz in der Gesellschaft. War früher die Führung der Gesellschaft durch die Partei, ihre Leitung durch den Staat, das Hineintragen sozialistischen Bewusstseins in die Massen der Ausgangspunkt für die Betrachtung der Öffentlichkeit, gewann nun eine neue Betrachtungsweise den Vorrang. Öffentlichkeit wurde nun durchgängig als „Verkehrsform“, als „eine gesellschaftliche Form sozialer Kommunikation“, als „gesellschaftliche Kommunikationsweise“ begriffen, die zu den Bedingungen gesellschaftlicher Existenz der Menschen in der modernen Gesellschaft gehört und von deren Funktionieren es abhängt, ob und wie diese ihr Zusammenleben bewusst gestalten können. Nach Brie (o. J.: 13) vermittelt sozialistische Öffentlichkeit geistig „die entstehende freie Assoziation sich universal entwickelnder Individuen. Ihren dialektischen Widerpart hat sie in der Intimität selbstbewußter Individualität, auf zunehmend freierer individueller Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums beruhend.“ Öffentlichkeit wird begriffen als wesentlicher Ort der Produktion des gesellschaftlichen Bewusstseins, als „relativ selbständiger Regulationsmechanismus in modernen Gesellschaften“ (Lutz 1990: 9). Die hypertrophierte, einseitige Hineintragensthese erhielt ihren Abschied. Sobald „das selbständige, auf den eigenen Interessen direkt beruhende Handeln

4 „In provozierender Zuspitzung“ formulierte Brie: „Tschernobyl ist auch ein Resultat mangelnder sozialistischer Öffentlichkeit.“ (Brie o. J.: 4)

der mannigfaltigen Subjekte entscheidend wird“, schrieb Brie (o. J.: 12), „wird das ‚Hineintragen‘ als Hauptform der Durchsetzung von Bewußtheit durch die gesellschaftsweite Kommunikationsweise sozialistischer Öffentlichkeit abgelöst. In diese geht das Hineintragen von Bewußtheit in die Massen als untergeordnetes Moment des Gesamtprozesses ein.“ Das bedeutete nicht, dass damit die Überzeugung von der notwendigen Führung der Gesellschaft durch die kommunistische Partei aufgegeben war. Aber es war eine veränderte Partei gemeint, die in den eigenen Reihen und in ihren Wechselbeziehungen mit der Gesellschaft das Prinzip der Öffentlichkeit beispielhaft praktiziert. Erst Anfang 1990 bei Luutz spielt dieser Gedanke keine Rolle mehr.

Wesentlich vertieft wurde die theoretische Ableitung der modernen Öffentlichkeit aus den grundlegenden, den sozialökonomischen gesellschaftlichen Verhältnissen. Poerschke entwickelte folgenden Gedankengang für die *bürgerliche* Öffentlichkeit: Die kapitalistische Produktionsweise sprengte als allumfassende Herrschaft des Warenaustauschs, mit der Jagd nach Profit als alles bewegender Triebfeder, die herkömmlichen selbstgenügsamen Lebensformen. Sie löste die in allen früheren Gesellschaften bestehende persönliche Abhängigkeit der Menschen auf, brachte freie, vereinzelte Individuen hervor, die sich im spontanen, unvorhersehbaren Auf und Ab des Marktes als konkurrierende Warenbesitzer behaupten, sich nüchtern kalkulierend zueinander und zu allem, was sie umgibt, verhalten müssen; die also zu unablässiger, vielseitiger Kommunikation untereinander genötigt sind. Jeder muss sich seine Situation in einer bis zum weltgeschichtlichen Maßstab erweiterten, weitaus dynamischeren Welt als Bedingung für Kapitalverwertung und Bestehen im Konkurrenzkampf geistig aneignen, jeder muss also gleichermaßen die Möglichkeit der Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge haben (vgl. Poerschke 1988a: 17f.).

Die kapitalistischen Produzenten müssen, um die gesellschaftlichen Bedingungen der Mehrwertproduktion bewältigen zu können, „aus ihren realen Lebensumständen ihr Allgemeininteresse als Klasse erschließen und als Orientierung für gesellschaftliches Verhalten geltend machen.“ (Poerschke 1988a: 34) Dabei können sie, in Marx' Worten, „keine andre Autorität anerkennen als die Konkurrenz, den Zwang, den der Druck ihrer wechselseitigen Interessen auf sie ausübt“ (Marx 1977: 377). Und weiter Poerschke (1988a: 34): „Deshalb müssen sie, einander als Gleiche und Freie gegenüber tretend, jeder von seinem Privatinteresse ausgehend und es gegen die Ansprüche seiner Konkurrenten verteidigend, miteinander um jenen Grad an Übereinstimmung über die gesellschaftlichen Angelegenheiten ringen, der für die Realisierung der allgemeinen Interessen ihrer Klasse erforderlich ist.“

Dies erklärte für Poerschke grundlegend die historische Notwendigkeit der Öffentlichkeit als Verkehrsform in der bürgerlichen Gesellschaft, die sich von den kapitalistischen Produzenten auf alle Schichten der Gesellschaft ausweitete, teils durch ihre Einbeziehung als Massenbasis in das politische Leben, teils in Gestalt der von der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts geschaffenen Gegenöffentlichkeit. Eine ähnliche Darstellung dieser Zusammenhänge findet sich bei Brie (vgl. Brie o. J.: 7ff.).

Bemerkenswert ist, dass mit dem Gewinn dieser Erkenntnisse sich die historische Wertung der bürgerlichen Öffentlichkeit wandelte. Bei Poerschke (1988a: 36) lesen wir: „Die Herausbildung der bürgerlichen Öffentlichkeit war Ausdruck und Voraussetzung einer Demokratisierung der Gesellschaft, einer bedeutenden Entwicklung der sozialen Aktivität der Massen, der politischen Handlungsfähigkeit der Klassen, des gesellschaftlichen Erkenntnisvermögens. Sie ermöglichte damit einen beträchtlichen kulturellen Fortschritt. Freilich hat die kapitalistische Gesellschaft diese Potenzen in der für sie charakteristischen

Weise realisiert: äußerst beschränkt und zutiefst widersprüchlich.“ Aus einem bloß negativen Gegenbild, demgegenüber die historische Überlegenheit der sozialistischen Öffentlichkeit risikolos behauptet werden konnte, wurde eine hinter den kritisierten Schranken verborgene Errungenschaft, „die die sozialistische Gesellschaft bei ihrem Entstehen vorfand, mit der sie sich auseinandersetzen, die sie ihren Bedürfnissen entsprechend weiterentwickeln muß.“ (Poerschke 1988a: 20)

Brie drückte diese Einsicht noch deutlicher und auf den philosophischen Begriff gebracht aus, wenn er schrieb: „Sozialistische Bewußtheit und Öffentlichkeit bleiben unverstänlich, wenn man sie nicht als dialektische Aufhebung bürgerlichen Bewußtseins und seiner Öffentlichkeit verstehen würde.“ (Brie o. J.: 7) Gegen die vorherrschende Gering-schätzung der Spontaneität gewandt, hob er hervor, „daß die Bauern, Plebejer, Kleinbürger und das Bürgertum in jener epochalen Revolution vom 16. bis 19. Jahrhundert eine spezifische Qualität spontanen Bewußtseins erzeugt haben, deren Negation nun aber wiederum angesichts der globalen Probleme der Menschheit Grundbedingung weiterer Entwicklung überhaupt geworden ist. Diese Negation verlangt aber [...] zugleich die Bewahrung, ja die volle Entfaltung und Verallgemeinerung jener Errungenschaften.“ (Brie o. J.: 8)

Was die *sozialistische* Öffentlichkeit anbelangt, beschränkte Poerschke sich darauf, sie abstrakt aus der Form der Gesellschaftlichkeit zu begründen, die das Wesen der mit dem Sozialismus eingeleiteten kommunistischen Gesellschaftsformation ausmache. Er schrieb: „Diesem Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse, der die freie, allseitige Entwicklung der Menschen mit der gemeinschaftlichen, auf Erkenntnis von Gesetzmäßigkeiten beruhenden Beherrschung der gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Existenz verbindet, kann die Massenkommunikation nur in einer Form gerecht werden, in der die Individuen als real gleichberechtigte Angehörige des Gemeinwesens und kameradschaftlich zusammenwirkend an der Erkenntnis, Erörterung und Regelung der gesellschaftlichen Angelegenheiten teilhaben. (Poerschke 1988a: 61) Das blieb als Behauptung stehen; die Kommunikationsweise aus der Dialektik der sozialökonomischen Verhältnisse im Sozialismus zu begründen, gestattete Poerschke sein damaliges theoretisches Rüstzeug nicht.

Hier tat Brie den wichtigsten Schritt, indem er sich mit der in Lehrbüchern vertretenen Argumentation auseinandersetzte, „die das Problem der Öffentlichkeit sozusagen unter der Hand beseitigt. Gegen den bürgerlichen Pluralismus gewandt (der ‚natürlich‘ nur ein Scheinpluralismus sei), wird auf dem Monismus der sozialistischen Gesellschaft bestanden, der der Gewaltenteilung genausowenig bedürfe wie gegensätzlicher politischer Kräfte. Dieser Monismus wurzele in der Einheit des sozialistischen Volkseigentums und der dadurch begründeten Übereinstimmung der grundlegenden Interessen.“ (Brie o. J.: 10) Dem setzte Brie entgegen, das sozialistische Eigentum negiere die Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Eigentums nicht, „indem [es] Widerspruchslosigkeit, sondern indem [es] eine andere, neue und höhere Art von Widersprüchen setzt. Sozialistisches Eigentum erscheint im Verhältnis von Volkseigentum, genossenschaftlichem und persönlichem Eigentum zueinander, wird geprägt durch die innere Widersprüchlichkeit des Volkseigentums selber.“ (Brie o. J.: 10)

Das so, als „Einheit assoziierender Gegensätze“ (Brie o. J.: 10), verstandene Eigentum bewährt sich als sozialistisches, schrittweise die Marx'sche „freie Assoziation“ begründendes, sofern es „Individuen, Kollektive und die Gesamtgesellschaft in Verhältnisse zueinander [setzt], wo *letztlich* jedes dieser Subjekte sich nur entwickeln kann, indem es zugleich die Bedingungen für die Entwicklung der anderen Subjekte hervorbringt.“ (Brie o. J.: 11)

Solche Verhältnisse sind nur bewusst zu gestalten, und sie haben zur Voraussetzung die klare Einsicht eines jeden in die Gesetzmäßigkeiten und Bedingungen der eigenen Reproduktion und Entwicklung sowie in deren Vermittlung mit der Reproduktion und Entwicklung der anderen Subjekte (vgl. Brie o. J.: 12). Dies nun „ist in keiner Weise das absolute Wissen eines absoluten Subjekts über sich selbst“, sondern entsteht und erlangt gesellschaftliche Wirksamkeit „im bewußt gewordenen Bezug dieser Subjekte aufeinander. [...] Sozialistische Öffentlichkeit ist ein gesellschaftlicher Produktionsprozeß von Bewußtheit und realisiert sich nur in der Kommunikation verschiedener Subjekte mit je besonderen Interessen, Funktionen und Möglichkeiten miteinander.“ (Brie o. J.: 12f.)

5.

Öffentlichkeit wurde in mehrfacher Hinsicht als komplizierter, widerspruchsvoller Vermittlungsprozess begriffen.

Dies zum ersten zwischen *verschiedenen Ebenen* des gesellschaftlichen Bewusstseins, der sozialen Kommunikation und der mit ihnen verbundenen Institutionen. Poerschke ging in seiner theoretischen Darstellung von Journalismus und Öffentlichkeit von einer historischen Differenzierung der sozialen Kommunikation aus, die mit der fortschreitenden Arbeitsteilung, mit der sozialen, vor allem der Klassenspaltung, mit der wachsenden Intensität und Reichweite der gesellschaftlichen Beziehungen einherging und zur Herausbildung eines Kommunikationssystems geführt hat, das „bis auf den heutigen Tag und auch in unserer [also der sozialistischen; H.P.] Gesellschaft“ (Poerschke 1988a: 12) folgende Ebenen umfasst: die mit der unmittelbaren Lebenswelt verbundene *Alltagskommunikation* (damals unkorrekt, weil nicht den Gegenstand, sondern die Form der Kommunikation treffend, als interpersonelle bezeichnet); die *arbeitsteilig spezialisierte* Kommunikation; als deren besonderer Bereich die Kommunikation der mit *geistiger Produktion* und *sozialer Leitung* Befassten; schließlich die zwischen diesen Ebenen vermittelnde, die gesellschaftliche Orientierung der Masse der Gesellschaftsmitglieder und überwiegend die geistige Herrschaft einer Klasse sichernde *gesellschaftsintegrierende* Kommunikation (vgl. Poerschke 1988a: 12ff.).

In der Öffentlichkeit nun, begriffen als gesellschaftliche Form der gesellschaftsintegrierenden Kommunikation in der modernen Gesellschaft, treten diese Ebenen in Wechselwirkung miteinander, geht vielfältiger Austausch zwischen ihnen vonstatten. Aus dieser Wechselwirkung, so Poerschke, entstehe das Massenbewusstsein, das eine Synthese der verschiedenen Kommunikations- und Bewusstseins Ebenen darstelle und im realen Lebensprozess das Verhältnis der Masse der Menschen zur gesellschaftlichen Wirklichkeit und zueinander leite (vgl. Poerschke 1988a: 38). Der Journalismus wurde als Instanz begriffen, die diesen Vermittlungsprozess in Bezug auf die aktuelle gesellschaftliche Praxis (im weitesten Sinne des Wortes) im Maßstab der Gesamtgesellschaft und mit einer Schnelligkeit ermöglicht, ohne die es Handlungsfähigkeit im ablaufenden geschichtlichen Prozess nicht geben kann.

Eine vergleichbare Ausführung dieser Gedanken findet sich bei Brie als Versuch einer typologischen Bestimmung verschiedener Ebenen der Öffentlichkeit.

Zweitens wurde in der Öffentlichkeit ein Prozess der Vermittlung zwischen den mannigfaltigen in der Gesellschaft vorhandenen und verfochtenen *Interessen* ausgemacht. Die-

ses Thema hatte Anfang der 80er Jahre nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt, und Äußerungen dazu waren von der damaligen, in Zeiten des Dogmatismus entstandenen Auffassung von der Rolle der Interessen und Interessenwidersprüche im gesellschaftlichen Leben geprägt. Die lief darauf hinaus, die Vielfalt der individuellen und kollektiven Interessen geringzuschätzen, ihre Unterordnung unter die – von Partei- und Staatsführung vorgegebenen – gesellschaftlichen Interessen zu dekretieren, Interessenwidersprüche als zeitweilige Erscheinung zu betrachten und Interessengegensätze überhaupt zu leugnen. Wenn z. B. Lippold von der Funktion der Öffentlichkeit sprach, die Einheit von gesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen durch Vermittlung zwischen ihnen herstellen zu helfen, so war damit gemeint, jedem einzelnen die Orientierung an Erfahrungen, Interessen und Bedürfnissen der Gesellschaft zu ermöglichen (vgl. Lippold 1981: 46), also diesen die individuellen und kollektiven Interessen anzupassen.

Erst der Bruch mit diesem Konzept, die Wiedereinsetzung der Dialektik in ihre Rechte, das vorbehaltlose Bekenntnis zu Widersprüchen, zum Kampf der Gegensätze als Triebkraft, machte den Blick frei für die wirkliche Konfrontation von Interessen. Lutz (1990: 8) konstatierte rückblickend, „daß ein Hauptgrund für das Zustandekommen der Krisensituation in unserem Land in der Unentwickeltheit der kommunikativen Beziehungen (der Existenz einer deformierten Öffentlichkeit) bestand – d. h. der fehlenden Möglichkeit, unterschiedliche und gegensätzliche Interessen im gesellschaftlichen Verständigungsprozeß zu artikulieren und bis zur Konsensbildung ausfechten zu können.“ Er analysierte geistige Ursachen für diesen Tatbestand sowie Möglichkeiten und Bedingungen seiner Überwindung, worauf noch einzugehen sein wird.

Brie stellte fest, dass ohne Öffentlichkeit die Masse der Subjekte aus der bewussten Interessenartikulation ausgeschlossen wäre (vgl. Brie o. J.: 4f.). Aber nur wenn die eigenen Interessen und die Interessen anderer Gegenstand öffentlicher Kommunikation sind, können sie in ihren Beziehungen erkannt, können Widersprüche bewusst ausgetragen werden. Nur so ist im Lebensalltag die Einsicht überhaupt möglich, dass jeder einzelne sich nur frei entwickeln kann, wenn er zugleich dazu beiträgt, die freie Entwicklung aller anderen zu sichern. Der Weg zu dieser Einsicht und zur Bereitschaft, im wohlverstandenen eigenen Interesse im Sinne einer solidarischen Gesellschaft zu handeln, führt nicht über einen glatten Weg der Erkenntnis, sondern über den „Widerstreit der zur Sprache gebrachten Interessen- und Erfahrungswidersprüchlichkeiten“ (Brie o. J.: 13).

Nun hat aber der Widerstreit der Interessen nicht nur nicht automatisch die Verbreitung solcher Einsicht und Handlungsbereitschaft zur Folge, sondern die Unwahrscheinlichkeit eines solchen Ausgangs ist, besonders nach allem, was wir seit dem Ende des Realsozialismus erlebt haben, mit Händen zu greifen. Es ist also unbedingt über die Widersprüchlichkeit der Öffentlichkeit selbst, die aus der Interessenkonfrontation erwächst, zu reden, über die Ambivalenz der von ihr ausgehenden Wirkungen und über das Verhalten zu diesem Phänomen, über Maßstäbe des Umgangs mit Öffentlichkeit. Was hatten die Journalistik und andere Gesellschaftswissenschaften der DDR dazu zu sagen?

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand von Anfang an bis in die Monate vor dem endgültigen Anschluss der DDR an die alte Bundesrepublik natürlicherweise das Eingebettetsein der DDR-Öffentlichkeit in die Systemauseinandersetzung, die Tatsache, dass die westlichen Medien unausgesetzt auf sie einwirkten, bestrebt, die Agenda der öffentlichen Kommunikation zu bestimmen und dieser die Spielregeln der bürgerlichen Öffentlichkeit aufzudrängen, wie Poerschke (1988a: 68) es damals formulierte. Die Parteiführung setzte

diesem Druck im Grunde immer nur eine Strategie entgegen: Einschränkung der Öffentlichkeit, Vermeiden offener und konkreter argumentativer Auseinandersetzung, „um die Angriffe des Gegners nicht noch propagieren zu helfen“ (was durchaus unnötig war). Die hier behandelten Autoren reagierten darauf übereinstimmend damit, dass sie zu offensiverem und offenerem Verhalten rieten. „Derartigen Gefahren kann prinzipiell nicht durch eine Einschränkung der Öffentlichkeit des politischen Lebens begegnet werden“, schrieb Lippold (1981: 59). Poerschke (1988a: 69) erklärte: „Eine lebendige sozialistische Öffentlichkeit, in der die Bürger unseres Staates die Erfahrung machen, daß sie sich ihrer Fragen und aller wichtigen gesellschaftlichen Probleme sachlich, konstruktiv und den Interessen der Werktätigen entsprechend annimmt, ist die wichtigste Barriere gegen gegnerische Angriffe, ist eine Basis der Offensivität unseres ideologischen Kampfes, eine Quelle der Immunität gegen Einflüsse der bürgerlichen Ideologie.“

Wie eng aber die Grenzen für die Realisierung solcher Ratschläge gezogen waren, zeigt am drastischsten Lippolds Aussage, „daß jeder Konflikt und jegliche revisionistische und oppositionelle Regung in einem sozialistischen Land, zumal wenn sie sich in den noch lange Zeit labilen Teilen der Öffentlichkeit Positionen zu schaffen vermögen, dem Gegner nützen und einen nicht zu unterschätzenden Angriff auf die Existenz des Sozialismus darstellen“ (Lippold 1981: 59). Das hieß in der Konsequenz, dass auch subjektiv auf dem Boden des Sozialismus stehende Opposition als zwangsläufig antisozialistisch eingestuft wurde. Natürlich musste bei jeder nicht einmal oppositionellen abweichenden Meinung damit gerechnet werden, dass der Westen sie gegen die DDR zu nutzen versuchen würde. Dies aber war nicht das eigentliche Problem. Das bestand darin, dass die Führung der DDR augenscheinlich nicht in der Lage war, anders als mit Einschränkung der Öffentlichkeit zu reagieren. Die Unfähigkeit, mit Opposition oder fast beliebigen abweichenden Meinungen konstruktiv umzugehen, war ein mindestens bis auf das 1921 von Lenin durchgesetzte Fraktionsverbot in der Partei zurückgehender, letztlich letal wirkender Geburtsfehler des nach sowjetischem Vorbild konstruierten politischen Systems der DDR. Insofern hatte Lippold mit seiner Aussage durchaus Recht, wenn auch in einem ganz anderen als dem von ihm gemeinten Sinn.

Auch Brie bezog sich auf in der Systemauseinandersetzung liegende Bedrohungen des Sozialismus, er stellte aber ab auf die angesichts dieser Konfrontation besonders ernst zu nehmende „Gefahr einer zweifachen Vereinseitigung“, mit der die *eigene* Öffentlichkeit als Lösungsform der dem sozialistischen Eigentum innewohnenden Widersprüche behaftet sei. „Einerseits droht [...] die Gefahr, die Einheit der Bewußtheit herzustellen bei Ausschluß der Einsichten und Erkenntnisse wesentlicher Subjekte und ohne diese [...] Subjekte in den Erkenntnisprozeß [...] einzubeziehen. Dadurch verarmt diese Einheit und kann sich stark vereinseitigen oder sogar in bestimmtem Maße zum Interessenausdruck eines bürokratisierten Apparates [...] deformiert werden [...] Andererseits droht sozialistischer Öffentlichkeit die Gefahr, daß die Vermittlung der Mannigfaltigkeit zur bewußten Einheit sich in der Vielfalt des Besonderen verliert und zur Öffentlichkeit des geistigen Auseinanderfallens der sozialistischen Gesellschaft verkommt“ (Brie o. J.: 14).

Noch sah Brie diese gefährlichen Tendenzen als beherrschbar an, wenn die Partei „mit der Durchsetzung von Leistungsprinzip, Demokratie und Öffentlichkeit die kommunistisch gerichtete Einheit der Bewegung der ökonomischen, politischen und geistigen Widersprüche als Erkenntnis, Wille und Tat produktiv zur Wirklichkeit bringt.“ (Brie o. J.: 14) Wir wissen, es war – falls die Chance überhaupt jemals bestanden haben sollte – viel zu spät

dafür. Die Partei war unfähig und die Massen waren nicht mehr bereit, auf Veränderung des DDR-Sozialismus zu setzen.

Lutz war mit den Widersprüchen der Öffentlichkeit unter anderen Umständen konfrontiert – nach der „Wende“, als für einen Augenblick die Zukunft der DDR offen zu sein schien. Nun, da die Extreme munter aufeinander prallten, war für ihn das wichtigste Problem die Suche nach produktiven Formen des Austragens von Interessenwidersprüchen. Als Grundvoraussetzung einer solchen Suche betrachtete er die „Ablösung der [bis dahin in der DDR herrschenden; H.P.] feindbildzentrierten Sozialintegration durch die wertezentrierte Sozialintegration, wobei diese gemeinsamen Werte kommunikativ erstritten werden müssen.“ (Lutz 1990: 6) Während er sich bei den für diese Ablösung erforderlichen „Spielregeln“ der Kommunikation auf „weitgehend Anerkanntes“ (z. B. von Habermas Erarbeitetes) stützen konnte, musste er selbst versuchen, Bedingungen zu erkunden, unter denen diese Spielregeln in der gegebenen Umbruchsituation Geltung erlangen konnten. Als eine Mindestforderung formulierte er, „daß das Austragen von Interessenwidersprüchen nicht zum sozialen Kollaps führen darf. [...] Die Subjekte dürfen sich im Streit nicht gegenseitig aufreiben. Das geht nicht ohne Bereitschaft zum Interessenkompromiß, ohne ein gewisses Maß an gegenseitiger Akzeptanz der streitenden Subjekte.“ (Lutz 1990: 7) „Bewußt gegen den heute dominierenden Zeitgeist“ setzt er seinen Standpunkt zum Verhältnis von Zerstörung und Erhaltung: „Revolutionäre Umbrüche bedeuten notwendigerweise die Zerstörung alter Strukturen. Ohne Prozesse des dialektischen Aufhebens setzen sich die bekämpften Strukturen aber unter anderen Vorzeichen wieder durch. So sehr ich daher die kritische Abrechnung mit der Vergangenheit teile, muß ich doch zu bedenken geben: Eine Gesellschaft, die ihre Identität nicht zumindest partiell in der Vergangenheit findet, hat keine Zukunft.“ (Lutz 1990: 7)

Eine weitere, nach den mittlerweile gewonnenen Erfahrungen sehr bedenkenswerte Bedingung für das produktive Austragen von Interessenwidersprüchen sah Lutz darin, „daß alle gesellschaftlichen Subjekte am gesellschaftlichen Fortschritt Anteil haben müssen. Maßstab ist also Humanitätsgewinn für alle, ist die Einheit von ökonomischer und sozialer Effektivität.“ (Lutz 1990: 7) Schließlich sind „Wettbewerbsbeziehungen zwischen gleichberechtigten Partnern erforderlich“, weil sie erst ökonomische und soziale Effektivität sichern und zugleich verhindern, dass Sonderinteressen als allgemeine ausgegeben werden. Die Dominanz von Wettbewerbsbeziehungen allerdings „darf nicht zur Einebnung spezifischer Interessen, die noch nicht oder nicht mehr wettbewerbsfähig sind, führen“, denn gerade „in Minderheiten sind Evolutionspotentiale angelegt, die vor überzogenen Forderungen nach ökonomischer Effektivität und politischer Majorität geschützt werden müssen.“ (Lutz 1990: 7)

Lutz schloss diesen Exkurs mit der Bemerkung ab, er habe damit Mindestanforderungen formuliert, „die Bestandteil eines Überleitungsmodells sein könnten. Die Verwirklichung des Modells ließe uns die Chance für die Erneuerung der Gesellschaft, ohne die Richtungen der Entwicklung vorzugeben.“ (Lutz 1990: 7) Wir wissen nicht sicher, wie viel Hoffnung er in diesen Vorschlag noch gesetzt hat. Es wird wohl auch der Mut der Verzweiflung gewesen sein, der ihm die Feder führte. Was damals schon zu befürchten war, ist eingetreten: Ein Diskurs, der diesen Bedingungen und den Spielregeln erfolgreicher Verständigung entsprach, ist nicht zustande gekommen. Seine Verfechter waren viel zu schwach gegenüber denen, die radikalen und rücksichtslosen Bruch wollten. Die in der alten Bundesrepublik herrschende Politik hatte keinerlei Interesse an einem Vereinigungs-

prozess als Diskurs zwischen gleichberechtigten Partnern. Für sie war an der DDR alles, am gesellschaftlichen System der BRD nichts in Frage zu stellen. Und im Übrigen hatte nicht zuletzt die jahrzehntelang deformierte Öffentlichkeit in der DDR längst in der Mehrheit der Bevölkerung einen Zustand wachsen lassen, den Brie Ende 1987 mit den scharfen, bitteren Worten eines Schlimmes ahnenden ambitionierten Sozialisten vorweggenommen hatte: Bei Fortsetzung eines administrativen Sozialismus „bleibt das Bewußtsein der Massen der privaten Kultivierung der eigenen Borniertheit überlassen, verlagern sich die Triebkräfte in den rein privaten Raum, werden die Massen anfällig, sofort dann einer konterrevolutionären Parole anheimzufallen, sobald eigene, oft eben privatistisch deformierte Interessen spürbar nicht realisiert werden können und sich scheinbare Alternativen bieten.“ (Brie o. J.: 14)

Literatur

- Brie, Michael (o. J. [mit ziemlicher Sicherheit 1988]): Sozialistische Öffentlichkeit – Entfaltungsform der Bewußtheit. Berlin.
- Brie, Michael (1989a): Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. Thesen in der Diskussion. In: Brie, Michael/Land, Rainer/Segert, Dieter (Hrsg.): Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. Berlin.
- Brie, Michael (1989b): Sozialistische Öffentlichkeit – Entfaltungsform der Bewußtheit: Öffentlichkeit – Modewort oder wissenschaftliche Kategorie? In: Aus dem philosophischen Leben der DDR, 25. Jg., Nr. 16, S. 26-29.
- Dusiska, Emil (Hrsg.) (1973): Wörterbuch der sozialistischen Journalistik. Leipzig.
- Lenin, W. I. (1959): Was tun? In: ders.: Werke, Bd. 5. Berlin, S. 355-551.
- Lenin, W. I. (1960): Eine dringende Frage. In: ders.: Werke, Bd. 4. Berlin, S. 215-220.
- Lippold, Günter (1981): Sozialistische Öffentlichkeit, staatliche Öffentlichkeitsarbeit und öffentliche Meinung bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Diss. B Akademie für Staat und Recht Potsdam-Babelsberg.
- Lutz, Wolfgang (1989): Kommunikative Prozesse im Formierungsprozeß der öffentlichen Meinung – ihre Bedeutung für den Prozeß der Vermittlung von individuellen und gesellschaftlichen Interessen. In: Aus dem philosophischen Leben der DDR, 25. Jg., Nr. 16, S. 43-46.
- Lutz, Wolfgang (1990): Interessenwidersprüche und soziale Kommunikation. In: Diskurs. Leipziger Hefte für Kommunikationsforschung und Journalistik, 1. Jg., Nr. 1, S. 5-9.
- Lutz, Wolfgang (Hrsg.) (1992): Gesellschaftliche Reproduktion und soziale Kommunikation: Studentexte zu einer philosophischen Theorie sozialer Kommunikation. Hamburg, Berlin.
- Marx, Karl (1977): Das Kapital. Erster Band. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Bd. 23. Berlin.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1959): Manifest der Kommunistischen Partei. In: dies.: Werke, Bd. 4. Berlin.
- Poerschke, Hans (1988a): Sozialistischer Journalismus. Ein Abriß seiner theoretischen Grundlagen. Kapitel 1: Die Massenkommunikation als Bereich und Entwicklungsstufe der sozialen Kommunikation. Manuskriptdruck. Leipzig.
- Poerschke, Hans (1988b): Sozialistischer Journalismus. Ein Abriß seiner theoretischen Grundlagen. Kapitel 2: Der Journalismus als Bestandteil der Massenkommunikation. Manuskriptdruck. Leipzig.
- Poerschke, Hans (1989): Zur Erforschung von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung im Sozialismus als interdisziplinäre Aufgabe. In: Aus dem philosophischen Leben der DDR, 25. Jg., Nr. 16, S. 17-20.
- Poerschke, Hans et al. (1980): Theoretische Grundfragen des sozialistischen Journalismus. Leipzig. Sektion Journalistik Leipzig (Hrsg.) (1981): Wörterbuch der sozialistischen Journalistik. Leipzig.
- Weimann, Robert (1982): Kunst und Öffentlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft. In: ders.: Kunstensemble und Öffentlichkeit. Aneignung – Selbstverständigung – Auseinandersetzung. Halle, Leipzig.
- Wittich, Dieter/Gößler, Klaus/Wagner, Kurt (1978): Marxistisch-leninistische Erkenntnistheorie. Berlin.
- X. Schriftstellerkongreß der DDR (1988a): Plenum. Berlin, Weimar.
- X. Schriftstellerkongreß der DDR (1988b): Arbeitsgruppen. Berlin, Weimar.